

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

78 (2.4.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 A ohne Zustellung. Einzelpreis 10 A, Samstag 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 A, auswärts 25 A. Reklamen 80 A. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie. sämtliche in Karlsruhe.

Kummer und Sorge im Jarresblock

Als vor der Präsidentenwahl die republikanische Presse aus ganz bestimmten Gründen eine Kandidatur Jarres für den zweiten Wahlgang beweielt, ließ der Reichsblock erklären, daß Jarres auch im zweiten Wahlgang der Kandidat der Rechten sei und seine Nominierung für die am 26. April festgesetzten Wahlen spätestens am 31. März erfolgen soll. Dieser Termin war vorgesehrt, ohne daß aber der Reichsblock die veränderte Erklärung einhalten wollte. Er hat sich vielmehr auf heute Donnerstag betraut, um den in ihm vertretenen Parteien vor einem endgültigen Beschluß Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Es ist also mit der vielgerühmten Einigkeit innerhalb der Rechtenpartei nicht sehr weit her, und noch viel weniger ist für alle Zukunft auf ihre Proklamationen zu geben; denn wer vor dem ersten Wahlgang die Nominierung des Herrn Jarres schon für den zweiten Wahlgang vertritt, ohne sich wenige Tage später daran zu halten, kann der Vorwurf des Betrugs der Deffektivität nicht erpart werden.

Im übrigen werden die Versuche, eine gemeinsame Front aller Republikaner herzustellen, von der Rechten mit Kummer und Sorge betrachtet. Sie läßt alle Mühen springen, um diese gemeinsame Kandidatur zu vereiteln, ohne daß ihr Wunsch Wirklichkeit werden dürfte. Das Zentrum hat inzwischen Marx auch für den zweiten Wahlgang nominiert und damit den Rechtenpartei einen bösen Streich durch die erstrebte Reingung gemacht. Wir dürfen ausdrücklich bemerken, daß dieser Beschluß nicht im geringsten auf irgend eine Hilfe Berechnung der republikanischen Parteien beruht. Er ist vollkommen selbstständig und einseitig von dem Parteivorstand des Zentrums gefaßt worden. Heute Donnerstag wird der sozialdemokratische Parteivorstand Gelegenheit haben, sich gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Lage und ihre Willensmeinungen auf den 26. April festgesetzten endgültigen Wahlen zu beschäftigen.

Im übrigen liegen noch folgende Nachrichten vor:
Berlin, 2. April. (Eig. Kundendienst.) Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten trafen gestern im Reichstag zu einer Besprechung zusammen, die heute vormittag unter Vorsitz von Vertretern der preussischen Landtagsfraktionen fortgesetzt werden sollen.

Die demokratische, wie die Zentrumspresse bringt die Zusammenkunft zum Ausdruck, hat es gelingen wird, die Schwierigkeiten zu beseitigen und Marx im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl gegen Jarres oder einen anderen Kandidaten der Rechten durchzubringen.

Berlin, 2. April. (Eig. Kundendienst.) Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen, die behauptet, daß von einem Wirwar und einer Unentschiedenheit unter den Parteien des Volksblocks keine Rede sein könne. Die Politik des Zentrums wird alles tun, um die Frage der Wahl des Reichspräsidenten im Sinne der verfassungstreuen Parteien zu einem guten Ende zu führen. Je stärker sich im Falle der Niederlage vom 29. März im Reichsblock Unstimmigkeiten und Meinungsverschiedenheiten herausstellen, desto rascher und zielgerichteter müsse die Einigung im anderen Lager erfolgen. Die „Germania“ fügt dieser parlamentarischen Zuschrift hinzu: „Der Volksblock braucht nur zu wollen und Marx ist gewillt. Es kann nicht schwer sein, eine Einigung auf seine Person herbeizuführen. Es geht doch letzten Endes nicht um Fragen zweiten Grades, über die Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein können, sondern um die Sicherung des Staatswesens.“ Die preussische demokratische Landtagsfraktion braucht nur der provisorischen Ministerpräsidenten ihres Finanzministers Dr. Höpfer-Moschke ein Ende zu machen und für Otto Braun als preussischer Ministerpräsident mit dem Ausschluss auf eine baldige Landtagsauflösung einzutreten und die Einigung über die Reichspräsidentenwahl scheint uns gegeben zu sein.

Zur Wahl Höpfer-Moschke

Der vorgestern zum preussischen Ministerpräsidenten gewählte Dr. Höpfer-Moschke hat den Wählern zufolge bisher noch keine Erklärung darüber abgegeben, ob er die Wahl annimmt oder nicht. — In demokratischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß er die Wahl ablehnen und die Neuwahl des Ministerpräsidenten noch in dieser Woche erfolgen werde. Die Wahl werde ohne Zweifel auf Otto Braun fallen. Nach einer Meldung der „S. 3. a. M.“ ist Dr. Höpfer-Moschke abgereist. Wie das Blatt hört, besteht wenig Aussicht dafür, daß er die Wahl annehmen und das Kabinett bilden werde. In diesem Fall werde die Neuwahl auf morgen angesetzt werden und die Parteien der Weimarer Koalition, die inzwischen wieder miteinander Fühlung genommen hätten, würden morgen wieder Otto Braun zum Ministerpräsidenten wählen.

Warum Volksblock?

Der Wille, am 26. April der deutschen Republik endgültig zum Siege zu verhelfen, besteht in allen Parteien, die am 29. März hauptsächlich unter den Fahnen schwarz-rot-gold den Kampf geführt haben. Es ist eine Freude, insbesondere feststellen zu dürfen, daß auch die sozialdemokratische Parteipresse für den zweiten Wahlgang den Sieg der Republik über alles stellt und sich von diesem Gesichtspunkt aus in ihrer tatsächlichen Einstellung bestimmen läßt. Das Gleiche aber dürfen wir auch von der großen Mehrheit der Zentrumspartei sagen. Sie hat am Dienstag durch ihren Parteivorstand einstimmig wieder Dr. Marx für die Kandidatur des Reichspräsidenten in Vorschlag gebracht. Marx ist zweifellos ein überzeugter Republikaner, ein Mann, der sich in den letzten zwei Jahren äußerst stark nach links entwickelt hat und dessen Politik ein Dorn in den Augen der Rechtenpartei bildet. Sie haben den Präsidentschaftskandidaten des Zentrums vor und während der Wahl mit den schmutzigsten Verleumdungen und Titeln bedacht, sie haben ihn nicht weniger „ritterlich“ bekämpft wie den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Alles das aber scheint uns für die augenblickliche politische Situation nicht das Wichtigste zu sein. Es ist geradezu auffällig, daß der Parteivorstand des Zentrums Herrn Marx zu einer Zeit und nach einer kaum halbständigen Beratungsdauer wieder in den Vordergrund stellt, wo der Reichsblock besteht ist, seinen bisherigen Kandidaten Dr. Jarres fallen zu lassen und an seine Stelle einen Mann zu setzen, der nicht etwa Monarchist, sondern Republikaner ist und für die Demokraten wie das Zentrum erträglich sein könnte. Die Aufstellung des Reichstagslers a. D. Dr. Marx für den zweiten Wahlgang ist unter diesen Umständen als eine klare Verneinung aller Bestrebungen der Rechtenpartei zu betrachten und als ein Symptom dafür, daß im Zentrum sich eine herliche, republikanische Politik unter Führung von Marx durchzusetzen scheint.

Die Sozialdemokratie muß diese Entwicklung im Zentrum nicht nur begrüßen, sondern nach Möglichkeit versuchen, sie durch ihre Taktik fördern zu helfen. Nebenfalls haben wir allen Anlaß, sie keineswegs zu erschrecken oder gar zu durchkreuzen. Jahrelang haben wir uns bei unserer Politik von dem in der Masse des Volkes lebenden Willen zur Stärkung der Republik leiten lassen. Wir haben im Reich monatlang gegen den Reichsblock angeämpft und stehen heute noch in Preußen in Gemeinschaft mit dem Zentrum in einem entscheidenden Kampf gegen die Rechtenpartei, deren einziger Wunsch ist, auf Jahre hinaus eine Politik zu treiben, die im Sinne der bestehenden Schichten Deutschlands liegt. Der Kampf war und ist schwer, aber der am Dienstag vom Zentrum gefaßte Beschluß zeigt u. E., daß die sozialdemokratische Parteileitung und unsere Fraktionen im Reichstag bzw. Landtag sich auf dem richtigen Weg befinden und befinden haben. Sie verzichteten häufig auf einen Augenblickserfolg, aber daß diese Taktik von der großen Masse der Arbeitnehmer verstanden worden ist und die prinzipielle Einstellung der maßgebenden Parteimitglieder richtig war, hat der 29. März gezeigt. Neben dem Sieg der Partei hat die Republik einen Erfolg errungen; es stehen 13 1/2 Millionen Republikaner insgesamt 10 1/2 Millionen Monarchisten oder solche, die es sein wollen, gegenüber.

Die Republik zunächst mit sozialem Inhalt zu erfüllen und uns zu diesem Zweck möglichst starker Kräfte des Volkes zu bedienen, muß gerade auf Grund der letzten politischen Erfahrungen auch weiterhin das Ziel der Partei sein. Wir sagen ausdrücklich, um nicht mißverstanden zu werden, daß es sich bei diesem Ziel nur um eine Etappe zur endgültigen Verwirklichung unserer Ideale handelt. Ohne Republik kommen wir unseren Endzwecke nicht näher, und es ist deshalb erforderlich, zunächst den Boden in dem Herzen des Volkes zu verankern auf dem wir einst die deutsche Arbeiterklasse als die große Mehrheit des Volkes unseren politischen und wirtschaftlichen Absichten entgegenführen wollen. Diese Gesichtspunkte gestatten den Verzicht auf einen Augenblickserfolg, wie wir ihn am 26. April erringen konnten, ohne daß er in der praktischen Politik irgend eine Bedeutung erhalten würde. Aus diesem Grunde sagen wir: Es kommt jetzt vor allem darauf an, die Führung des Reiches auf weitere sieben Jahre hinaus in die Hände eines ehrlichen Republikaners zu legen. Besser einen ehrlichen, bürgerlichen republikanischen Volksvertreter als einen Mann, der sich nur als Repräsentant des Besitzes fühlt und der das Geschäft dieser Volkschichten auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse verrichten muß; denn seien wir uns darüber klar: eine Reichspräsidentschaft des Herrn Jarres bedeutet Entrechtung der Arbeitnehmererschaft, Erhöhung der Steuern zur Entlastung des Besitzes und eine Politik des Wahnsinns nach außen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei, wie bisher auch in Zukunft, an die Einreichung in die gemeinsame Front der Republikaner gewiß

Das Unglück der Reichswehr an der Weser

80 Todesopfer — Ursache schlechte Lastenverteilung und Beschädigungen durch den Versailler Vertrag

Weser, Hannover, 1. April. Wie der Inf.-Führer 6 mitteilt, betraf die Zahl der bei dem Ueberungsunfall am 31. März Vermissten 80 Mann, und zwar von der 14. Kompanie des Infanterieregiments 15, in Detachement 34 (Unteroffiziere und Mannschaften), von der 16. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 18 in Detachement 44 (Unteroffiziere und Mannschaften), von der 18. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 18 in Detachement 44 (Unteroffiziere und Mannschaften), von der 18. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 18 in Detachement 44 (Unteroffiziere und Mannschaften), von der 18. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 18 in Detachement 44 (Unteroffiziere und Mannschaften).

Berlin, 1. April. Nach der vom Inspektor der Pioniere erstatteten Meldung wurden um 2.45 Uhr nachts vermehrt 1 Offizier und 78 Mann. Aussicht auf Vermeidung der Verluste ist gering. Vorläufiger Eindruck von der Ursache des Unglücks: ungleichmäßige Verteilung veralteter einseitiger Einkufen der Fährte nach der Uferseite. Die Fährte im ganzen war auch wohl etwas überlastet. In der Mitte des Stromes sogen ein, später zwei Pontons Wasser durch Anlaufen. Darauf erfolgte weiteres Einkufen der Fährte, Zusammenbrängen und Ueberfließen der Belastung. Die Leitung des Ueberfahrens hatte Oberleutnant Jordan, Pionierbataillon 6, der sich auf der Fährte befand und 3. Zi. noch nicht vernunftgemäß ist. Vernehmungen werden um 8 Uhr vormittags fortgesetzt. Die Rettung war trotz Vorhandenseins von zwei Rettungsbooten und Schwimmgürtel erschwert infolge Zusammenballens der im Wasser Liegenden und Umschlagen eines überfüllten Rettungsbootes.

Ueber den Vorgang des Unglücks berichten die Blätter noch folgende Einzelheiten:

Zur Bewerterklärung des Ueberungsunfalls war es, wie es bei der Verwendung so großer Formationen in Friedenszeiten üblich gewesen wäre, nicht möglich, eine Pontonbrücke über den etwa fünfzig Meter breiten Fluß zu schlagen, da infolge der Beschädigungen, die der Versailler Vertrag der Reichswehr, und zwar insbesondere den technischen Truppen anfertigt, das zur Verfügung stehende Pionierbataillon 6 nicht genügend Pontons besitzt. Infolgedessen entschloß sich das in Frage kommende Truppenkommando, den Ueberungsunfall auf einer Pontonfähre zu bewerkstelligen, und zwar mit einer sogenannten Vierfährte, die an einem Tau hängt und durch die Strömung des Flusses von einem Ufer zum anderen gedrückt wird. In Friedenszeiten galt eine solche Fährte nur als Notbehelf für die Ueberung kleinerer Formationen oder einzelner Fahrzeuge. Wahrscheinlich durch schlechte Lastenverteilung und durch zu starke Gierigkeit ist nun zuerst einer der vorderen Pontons vorgelassen. Wenige Sekunden später füllte sich auch der zweite vordere Ponton mit Wasser. Das hat wahrscheinlich bei den Leuten eine Panik hervorgerufen und sie auf die Seite gedrängt, so daß das Floß erst recht umkippte.

Das Ganze vollzog sich so schnell, daß im Zeitraum von wenigen Sekunden 150 Reichswehrsoldaten in voller Ausrüstung in die reißenden Fluten der Hochwasser führenden Weser führten. Die Beschriftungslagen hinter der Fährte zwei lose Pontons als Rettungsboote, die aber nur dem um ihr Leben kämpfenden Soldaten gleich so angefüllt waren, daß eines dieser Pontons ebenfalls kenterte. Die Tatsache, daß mindestens die Hälfte der auf der Fährte befindlichen Soldaten ums Leben gekommen ist, ist einmal darauf zurückzuführen, daß das schwere Gewicht der Infanteristen die Verunsicherungen daran hinderte, sich durch Schwimmen zu retten. Hierzu kam noch, daß die Weser gerade an dieser Stelle eine außerordentlich starke Strömung hat und überdies wie immer im Frühjahr Hochwasser führt. Es muß aber weiter angenommen werden, daß die Hälfte der ertrunkenen Soldaten, die von einem langen Ueberungsstrecke ertrunken waren, bei dem Sturz in das eisige Wasser einen Herzschlag erlitten haben. Die Strömung hat dann die Leichen sehr schnell stromabwärts nach Minden angetrieben, wodurch die Bergung der Opfer stark erschwert wird. Während der Nacht arbeiten die Bergungsanstalten mit Schimmerbefeuchtung. Die Röhre und Pontons sind mit starken Lampen ausgerüstet, um den Fluß bis auf den Grund durchleuchten zu können. Da vermutlich die Toten infolge der schweren Ausrüstung am Hochkommen und Weiterziehen verhindert werden, dürften die Bergungsarbeiten noch mehrere Tage dauern. Man hofft, im Laufe des heutigen Tages die gesunkenen Pontons zu heben und unter ihnen eine größere Anzahl Ertrunkener zu finden.

Trauerkundgebungen

Berlin, 1. April. Reichswehrminister Gehler erläßt folgende Kundgebung: An die Wehrmacht! Die Reichswehr hat einen schweren Schlag erlitten. Mehr als 70 junge Soldaten haben in den Fluten der Weser den Tod gefunden. In tiefer Erschütterung denken wir der Kameraden, die ein Soldatenschicksal aus dem Leben riß, mit inniger Teilnahme ihrer Angehörigen, die ihr Liebstes verloren. Der Tod dieser Treuen sei uns eine Mahnung, bei der Erfüllung unserer Berufspflicht unser Bestes einzusetzen. Unsere Tätigkeit und unser Leben gehört dem Vaterlande. Das Angeben unserer jungen Kameraden, die in seinem Dienst starben, soll unvergessen bleiben. Geht, Dr. Gehler.

Sämtlich Gebäude der Reichswehr haben bis einschließend 4. d. M. aus Anlaß des Unglücksalles die Flagge halbmast gesetzt. — Aus Anlaß des Unglücksalles sprachen ferner ihr Beileid aus: Der spanische Militärattache, der Vorsitzende des Reichsbundes deutscher Eisenbahntrienstnehmer 1914/18 und des Bundes deutscher Reichsbahnbeamten und Anwärter, sowie der Vorstand der Deutschen Turnerschaft.

Das Beileid der badischen Regierung

In Vertretung des Staatspräsidenten hat Minister Kemmel in dem Reichswehrministerium aus Anlaß des Unglücks bei der Reichswehrübung auf der Weser folgendes Telegramm gerichtet: Die badische Regierung nimmt herzlich Anteil an dem der Reichswehr betroffenen Unglück und be dauert die Vernichtung so vieler blühender Menschenleben.

Vorbedingungen knüpfen muß. Das sind wir uns und der Republik schuldig. Welcher Art diese Zusicherungen sind und sie in ihren Grenzen zu bestimmen, ist schließlich Aufgabe der Parteiführer. Aber heute schon glauben wir, darauf verweisen zu müssen, daß die Stärkung der Republik nur möglich ist, wenn Preußen von Republikanern auf weitere vier Jahre hinaus regiert wird und an seiner Spitze ein Sozialdemokrat steht. Es war Otto Braun, der 1/2 Jahre mit starker Hand sich der Führung aller preussischen Staatsbehörden in ausgezeichnete Weise entledigt und bewiesen hat, daß er ein äußerst starker Faktor für die Republik ist. Die Auswertung dieses Faktors bedürfen wir im Interesse einer republikanischen Politik weiterhin, und wir hegen die Hoffnung, daß die Republikaner im preussischen Landtag mit uns dieser Auffassung sind.

Inzwischen ist der Demokrat Söfker-Nichoff in Preußen von den Parteien der Weimarer Koalition zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Wie seinem Vorgänger, wird es auch ihm nicht möglich sein, eine Regierung zu bilden, und es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als daß er in wenigen Tagen den ihm von der Mehrheit des Landtags erteilten Auftrag zur Bildung einer Regierung an den Präsidenten zurückgibt. Dann besteht die Möglichkeit, dem im Reich unbedingt erforderlichen Bloß der Republikaner ein ähnliches Gebilde in Preußen entgegenzusetzen, um am 26. April vereint zu marschieren und vereint zu kämpfen, nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen. Männer von ehrlicher Ueberzeugung und dem festen Willen, die Republik zu schützen, müssen für diesen Fall die Führung übernehmen.

Berrückt! Komplet berrückt!

Die „Frontkrieger“ haben in München ihren Bundestag abgehalten. Daß dabei der unfehlbare Humor nicht zu kurz kommt, ist wohl als selbstverständlich anzunehmen. Man stellt seine Erwartung in Bezug auf Humor gewaltig hoch, aber die Wirklichkeit übertrifft alle Voraussetzungen. Natürlich sind alle „Führer“ verammelt: Ludendorff, Gittler, Reich, Röhm und so weiter. Aber keiner wehrt sich gegen den hanebüchernen Blödsinn, der dort verzapft wird. Keiner zuckt mit der Wimper, wenn Herr H. L. L. als Bundesvorsitzender folgende Forderungen verkündet:

Kampf gegen die Kriegsschuldfrage — Richtigerklärung des Versailles Vertrags — sowie des Dawesplanes — sofortige Abberufung des Außenministers Stresemann — Verteilung von je zwei französischen Offizieren für einen verurteilten deutschen Offizier — Ferner fordern die „Frontkrieger“, daß der neue Reichspräsident beim ersten feindlichen Stoß zurückzutreten hat.

Wie dieser zusammengesetzte Unglücksbaufen sich die Ausführung dieser „Forderungen“ denkt, wird allerdings nicht verraten. Kein Wunder, denn Herr Ludendorff ist ja der Patron dieser neitrichen Gesellschaft. Derselbe General, der einmal sagte: „Die Waffen holen wir uns vom Feind!“ Ob dem Herrn General nicht einmal der Gedanke aufsteigt, daß der Umweg, den er gewählt hat, erst die Waffen dem Feind zu lassen und dann sie wiederholen, eigentlich eine Stanzleistung darstellt? Ob er nicht schließlich rot werden kann, wenn er dem Volk annimmt, mit einem Vesentitel in der Hand den Krieg zu gewinnen, den er mit einem Schwert verlor? Herr Ludendorff, der eigentlich Besiegte der Präsidentenwahl, wurde mit stürmischen Jubel begrüßt. Wieder kein Wunder! Der Herr ist die Niederlagen gewöhnt. Seine Anhänger machen sich aus einem Haufen von Misserfolgen nicht das geringste. Sie sind wie die Kinder, die auf das Wunder im Märchen, die legendenpendende Fee, warten. Und das alles geschieht heute, wo wirklich ernste nuchternere Wirklichkeit alles Handeln und Denken leiten soll und muß. Aber mit Denken haben sich die Herrschaften noch nie abzugeben, das beweist die Laufbahn ihrer „Führer“ und der Verfall ihrer Bewegung. Schade nur, daß sie nicht während des Karnevals ihre „Bundestagung“ abhielten. Das hätte eine schöne Einnahme für die Bundestasse gegeben.

Die Achillesferse Polens

Längere Zeit hat man in den polnischen Ostmarken von Raubüberfällen und „Banditenverbrechen“, wie der amtliche Ausdruck lautet, nichts gehört. Nun zum Frühlingsanfang hat sich eine größere Bande, die offenbar unbekannt von den Behörden überwintern konnte, wieder gemeldet, und in dem wegen seiner Unsicherheit besonders berüchtigten Grenzgebiet von Racanowitz einen in jeder Hinsicht geordneten Raubzug durchgeführt. Vierzig Mann stark, überfielen sie nach vorrückender frontaler Leitung am 23. v. Mts. um 9 Uhr abends den Bahnhof von Lachowitz. Nach hereingebrochener Dunkelheit zogen die Banditen auf Reiterwagen in den Wald ein und bildeten dann zwei Stoßgruppen, die gleichzeitig gegen den Bahnhof und das Polizeikommando operierten. Ehe man es sich versah, war der erste Trupp in das Bahnhofsgebäude eingebrungen, die Beamten wurden durch Terror in Schach gehalten, die Bahnhofskasse ausgeraubt. Inzwischen überwältigte die zweite Gruppe den Polizeiposten und brüllte den Kommandanten halb tot. In zehn Minuten war alles erledigt. Die Bande sammelte sich mit militärischer Geschwindigkeit, bestieg ihre Reiterwagen und verschwand in der Dunkelheit nach unbekannter Richtung. Eine vom polnischen Militär eingeleitete Verfolgung ist bis jetzt erfolglos geblieben.

Wiederholt mit der Nachricht über den Lachowitz Raubüberfall meldet die polnische Presse ein „bedrohliches Anwachsen der kommunistischen Werbetätigkeit im ganzen Lande, besonders aber im Osten, wo ja der Boden zur kommunistischen Saat schon genügend aufgelockert ist. In einigen Grenzbezirken nimmt die Erregung unter der Bauernschaft wieder zu, sie verweigern die Steuerzahlung, da ihnen von bolschewistischen Agitatoren eingegeben wird, daß ein polnisch-russischer Krieg unmittelbar bevorsteht.

Auch die Liquidierung des polnischen Bodenbesitzes in den Ostmarken macht in den letzten Monaten rasche Fortschritte, wie bei den schärfsten sozialen und nationalen Verhältnissen nicht anders zu erwarten ist. Insbesondere aus Wolhynien treffen Nachrichten über mehr Massenverläufe von polnischem Großgrundbesitz ein. Als Käufer treten bezeichnenderweise fast aus-

schließlich bodenständige ukrainische Landeute auf. Der noch vor kurzer Zeit von der polnischen Regierung so geförderte Zustrom von polnischen Anwohnern hat vollständig aufgehört, da die Erfahrungen, die die bisherigen Kolonisten gemacht haben, nicht allzu verlockend sind.

Alle diese Erscheinungen zeigen deutlich, daß der polnische Staat und mit ihm das Polentum in den Ostgebieten in keiner Hinsicht auch nur die geringsten Fortschritte macht. Inzwischen ruft man in Warschau für diese Gebiete Ausschüsse und Unterausschüsse ins Leben, kann sich aber nicht einmal für die allerwichtigsten Reformen einigen, da Rechte und Lüste sich über die Grundzüge der Ostmarktpolitik nicht verständigen können.

Ueber 3000 Zeitungen im Dienste des Kapitals

Das vor wenigen Wochen in aller Stille eröffnete Institut für Zeitungsforschung an der Universität in Berlin hat eine interessante Arbeit ausgeführt; es hat die Angaben über die deutschen Tageszeitungen in Rudolf Woschkesen Zeitungskatalog von 1925 statistisch festgelegt. Warum es den deutschen Proletariaten noch immer schlecht geht, weshalb von wirtschaftlichen Maßnahmen kaum etwas in Deutschland spürbar ist und wie es kommt, daß die weite Welt noch immer nichttraufschiff ist gegen jenes Wesen, an dem sie eigentlich doch genesen soll — mer so wichtig ist, der sehr sich einmal näher an, aus welchen Faktoren die 3108 — soviel Tageszeitungen gibt es in Deutschland — zusammengesetzt ist.

Die Statistik ist erschütternd! Um nur einige Zahlen zu nennen: es stehen nach den Angaben der Verleger rund anderthalbhundert Zeitungen der sozialdemokratischen Partei gegenüber 496 Wänter, bei denen die Gesinnungslosigkeit ebenso einfach wie bedeutungslos durch einen Strich distret angedeutet wird. 1134 Wänter nennen sich parteilos, 108 bürgerlich, 33 rechtsstehend, 104 deutschnational, 227 national, was scheinbar besser klingt, 14 vaterländisch und eins benannt sich „vaterländisch-national“. Hierzu kommen noch sehr viele Splitter; ferner die mehr oder minder offiziellen Parteizeitungen. Deutsch-volksparteilich nennen sich interessanterweise nur 48, demokratisch 96, zum Zentrum bekennen sich 281 Wänter. Rechnet man auf der anderen Seite die ehrlieh und verdeckt kommunistischen Zeitungen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbild von achzig verschiedenen Gruppen.

Sojort erhebt sich die Frage, wer ist schuld an dieser katastrophalen Zersplitterung, an der die deutsche Arbeiterschaft in keiner Hinsicht ein Interesse haben kann? In gar keiner Hinsicht, da die eben doch nur scheinbare Zersplitterung auf der bürgerlichen Seite einer betrogenen Arbeiterschaft zwar vieles, nichts aber dem Kapitalismus schaden kann. Sichert sich doch der schwerindustrielle Kapitalismus stets noch, was er will. Alle rechtsbürgerlichen Wänter, gleichgültig, ob sie sich nun auf vorläufig absehbare oder unabsehbare Zeit auf den ihnen unangenehmen Vorden der gegebenen Tatsachen stellen, sind häufig verschieden in der Schattierung, ähnlich meist in der letzten Tendenz, nämlich einander gleich in ihrer zersetzenden, zerbrechenden und, was das Schlimmste ist, in ihrer verblümmenden Wirkung. Das beste Beispiel hierfür ist ja der Bremer Generalanzeiger.

Noch einmal: Wer ist schuld? Nun einmal sind es natürlich die, die von jeher genobt sind, andere für sich denken zu lassen. Schuld sind vor allem jene Zahllosen, die ihrer ganzen sozialen Lage nach zum Proletariat gehören, aber die farblose und oberflächliche Trandsphäre lieben, die gerade deshalb so gefährlich ist, weil man ihr nicht sofort die antirepublikanische Einstellung anmerkt. Und so abonnieren ihre Bezahler immer nur — die eigene Dummheit!

Tatsachen

Ein Wort an die Kommunisten

Die kommunistischen Arbeiter werden sich heute fragen: wie haben wir abgeschnitten, wie stehen wir, was sind unsere Zukunftsaussichten und was sollen wir nun tun? Die „rote Fahne“ läßt ihnen nur erkennen, daß es schlecht für die Kommunisten gegangen ist, und daß die SPD sich glänzend behauptet hat. Und doch rät sie den kommunistischen Arbeitern, die Zersplitterungstaktik fortzusetzen. Wir raten ihnen, den Weg der Erkenntnis und der vernünftigen Ueberlegung zu betreten, den so viele von ihnen am Sonntag schon gegangen sind.

Wie sieht die SPD? Hier sind die Tatsachen. In den fünf großen industriellen Wahlkreisen Berlin, Hamburg, Halle-Merseburg, Düsseldorf-Ert und Westfalen-Süd hat sich das Verhältnis so verhalten:

	29. März	7. Dezember
SPD	1 258 942	1 178 239
KPD	630 959	837 085

Die Sozialdemokratie gewann 80 000 Stimmen = 7 Proz. ihrer Stimmzahl von 7. Dezember, die Kommunisten verloren 200 000 Stimmen = 25 Prozent ihrer Stimmzahl vom 7. Dezember. In Halle-Merseburg und Düsseldorf-Ert, den einzigen Wahlkreisen, in denen noch am 7. Dezember die Kommunisten mehr Stimmen aufbrachten als die Sozialdemokratie, steht die Sozialdemokratie wieder an führender Stelle.

In Hamburg, der Heimat Thalmanns, verloren die Kommunisten 2 673 Stimmen, die Sozialdemokratie aber gewann 37 000 Stimmen!

Das Hamburger Beispiel zeigt den Weg zurück zur Sozialdemokratie. Ueber 20 000 Hamburger Arbeiter, ein Viertel der kommunistischen Anhänger in Hamburg, hat sich in die große Front der Arbeiter gegen die Reaktion wieder eingereiht.

Wo steht die kommunistische Partei? Sie stand in diesem Wahlgang neben Jares. Auch nicht jeder kommunistische Arbeiter erzieht, daß man heute, wenn man die Stimmen der republikanischen Front gegen den Bloß der Reaktion berechnet, man ganz selbstverständlich die Stimmen der Kommunisten neben den Stimmen von Heß und Ludendorff zum Bloß der Rechten hinzurechnet? Es ist so.

Was sind die Zukunftsaussichten der KPD? Das Wahlergebnis zeigt: es geht unaufrichtig abwärts. Vom 4. Mai zum 7. Dezember, vom 7. Dezember zum 29. März. Das ist nicht ein Hin- und Herbewegen um einen festen Parteilager, das ist ein stetiges unaufrichtiges Absterben. Eine Arbeiterpartei kann nicht Seite an Seite mit den schärfsten Feinden des Volkes und der Arbeiterschaft gegen die Massenpartei der Arbeiterschaft und gegen ihre gewerkschaftlichen Organisationen kämpfen, ohne daß ihre Anhänger ihr den Rücken kehren.

So geht es nicht! Das ist die Erkenntnis der 25 Proz. kommunistischer Arbeiter, die sich von der KPD abgemandt haben. Wir hoffen, es sind nicht die schlechtesten gewesen! Aber so geht es auch nicht, daß ein Teil von ihnen nun verdrissen absteigt; denn das läuft im Grunde nur wieder auf die verfehlte kommunistische Taktik hinaus.

Was sollen die kommunistischen Arbeiter tun? Sie sollen dem Beispiel der 20 000 Hamburger Arbeiter folgen, die sich wieder in die Massenpartei der Arbeiterschaft eingereiht haben, in die Front der großen, mächtigen Sozialdemokratie, die in unaufrichtigem Vorwärtsschreiten begriffen ist. Die Reaktion hat am Sonntag eine erste Niederlage erlitten. Am 26. April muß sie entscheidend geslagen werden. Dazu beizutragen, das ist die Pflicht aller kommunistischen Arbeiter!

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. April.

Am Regierungstisch Reichswehrminister Geßler. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr mit folgender Ansprache: Die erschütternde Nachricht von dem furchtbaren Unglücksfall, der so viele Angehörige der deutschen Reichswehr betroffen hat, hat sich leider bewahrheitet. Ueber 70 Soldaten sind bei der Ausübung ihrer Übungsaufgaben mit ihren Offizieren in den Fluten der Wefer ertrunken und es besteht geringe Hoffnung, daß von den 78 Vermissten noch irgend jemand gerettet werden kann. Mit der Reichswehr traueri die deutsche Volkserziehung um die vielen noch so jungen Opfer ihres Soldatenberufs und spricht den Angehörigen, den Kameraden und der Geresellschaft ihre tiefe Teilnahme aus. Das Gaus hat sich von den Blüten erhoben.

Reichswehrminister Dr. Geßler dankt dem Präsidenten für den Ausdruck der Teilnahme und ebenso dem Reichstag, der sich dieser Teilnahme angeschlossen hat. Die Katastrophe an der Wefer siehe beispiellos da, vor allem durch die Zahl der Opfer. Er sei aber noch nicht in der Lage heute eine verantwortliche Erklärung über die Ursachen des Unglücks abzugeben, die erst festgelegt werden könnten durch eine Untersuchung, zu der er, der Chef des Postministeriums abgeordnet habe und dann aber auch durch eine gerichtliche Untersuchung. Der Minister bringt dann einen vorläufigen Bericht über die Katastrophe zur Kenntnis und teilt mit, daß wahrscheinlich ein Offizier und 78 Mann ertrunken seien. Die Aussicht auf Rettung sei gering. Verstärkt werde die Trauer noch durch einen neuen Unfall, der sich gestern bei der Marine ereignet habe, wobei zwei Leiger und zwei Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben und ebenfalls Personen verunndet sind. Der Minister hebt auch hierüber einen baldigen amtlichen Bericht in Aussicht.

Präsident Loebe dankt dem Gause für die Trauerkundgebung.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Anträge des Landgerichts Magdeburg auf Erteilung der Genehmigung für Vernehmung mehrerer Reichstagsabgeordneter im Nothardiprozess.

Abg. Dr. Well (Z.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuss hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Reichstag wolle beschließen, erzieht: Die Genehmigung zur Vernehmung der Mitglieder des Reichstags Silberbach, Grahmann, Schlich und Giebel wird verweigert, da das Interesse des Reichstages an der Ausübung der parlamentarischen Pflichten seiner Mitglieder das Interesse der Rechtschaffenheit zur Feststellung des in dem Erziehungsbereich des Landgerichts Magdeburg angegebenen Verweises überwiegt. Zweitens: Nachdem sämtliche Abgeordnete, deren Zueignenennung in der Strafsache gegen Nothardt genehmigt worden sei, ausdrücklich vernommen worden sind, wird die Genehmigung für weitere Zueignenennung dieser Abgeordneten unterlagt und die Stellungnahme zu etwaigen weiteren Anträgen auf deren Zueignenennungen zu bestimmten Zeitpunkten über präzise Verweissefragen vorbehalten. Ohne Ansprache wird der Antrag vom Reichstag einstimmig angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes, betz. den Lehrgang der Grundschule fortgesetzt.

Abg. Geiffert (völk. Bgn.) hält es für erforderlich, daß die besser begabten Schüler die Schule in einem kürzeren Zeitraum durchlaufen.

Abg. Meißner (Soz.) sieht in dem vorliegenden Gesetzesentwurf eine Einheitsfärbung der Grundschule. Man geriere dadurch die Einheitsfärbung und schaffe wieder Klassenunterschiede.

Ministerialrat Dr. Köhner vom preussischen Kultusministerium beauftragt eine Einigung in der Grundschulfrage. Man sollte weitere Benutzungen von der Grundschule fernhalten, damit ihre Einheitsfärbung gesichert wäre. Es sei auf die Dauer unerträglich, wenn die Grundschule ausschließlich zu Ehren benannt würde. Die Grundschule sei auf vier Jahre festgelegt und das müsse auch so bleiben. Der Interdisziplinärausschuss des preussischen Landtags habe alle Anträge auf Schaffung von besonderen Begabtenklassen und auf Zulassung zu den mittleren und höheren Schulen nach dreijähriger Grundschulabteilung (Gart, hört! links.) Besondere Einrichtungen zugunsten begabter Schüler seien nicht möglich. Der Redner erhebt Bedenken gegen die von den Regierungsparteien des Reichstages beabsichtigte Regelung der Grundschule.

Abg. Neubauer (Komm.) fordert u. a. Unentgeltlichkeit der Schulmittel.

Abg. Frau Pfäff (Soz.) spricht sich gegen jede Verkürzung des Lehrganges der Grundschule aus und verlangt im Gegenteil die Erweiterung des Lehrganges von 4 auf 6 Jahre. Der sozialdemokratische Antrag, der jede Verkürzung der Dauer des Lehrganges der Grundschule von mindestens 4 Jahresklassen für unstatthaft erklärt, wird abgelehnt. Ebenso der Antrag auf Einführung von 6 Jahresklassen.

Der geltende § 1 des Grundschulgesetzes wird darauf gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten in folgender Fassung angenommen: Der Lehrgang der Grundschule umfasst vier Jahresklassen (Stufen). Am einzelnen Falle können besonders leistungsfähige Schulkinder nach Anhörung des Grundschulleiters unter Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijähriger Grundschulbildung zur Aufnahme in eine höhere oder mittlere Schule zugelassen werden.

Abg. Frau Pfäff (Soz.) beantragt dann, die Lebenshaltungskosten und Bildungskosten für besonders leistungsfähige Schulkinder in vollem Umfang dem Reich und den Ländern aufzuerlegen, während diese Schulkinder sonst infolge der wirtschaftlichen Lage ihrer Eltern nur Volksschulbildung erhalten würden.

Abg. Winneberg (Dem.) verlangt, daß auch die Gemeinden zu den Kosten herangezogen werden.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) hebt hervor, daß seine Fraktion die Vertagung des Denks in der Schule stets befohlen habe. Der sozialdemokratische Antrag und die demokratische Entschiedenheit seien aber zu allgemein gehalten und ohne materielle Unterlage. Er könne ihnen daher nicht zustimmen, sei aber bereit, auf eine Ausgestaltung der Erziehungsbeihilfe hinzuwirken.

Abg. Frau Scheide (DL) warnt davor, die Schule nicht unnötig zu verlängern. Man soll diese Frage doch nicht zu theoretisch behandeln. Es gebe zu weit, wenn man die Kosten für die Erziehung der besonders leistungsfähigen Schulkinder dem Staate auferlegen wolle. Diese Frage müsse erst im Ausschuss geprüft werden.

Abg. Kuntze (D.V.) lehnt die sozialdemokratischen und demokratischen Anträge ab. Er tritt dem Standpunkte bei, daß für die Erziehungsbeihilfe im Etat die erforderlichen Mittel eingetragt werden müssen.

Ein Antrag der Abg. Frau Pfäff (Soz.), die Weiterberatung zu vertagen, wird abgelehnt. Desgleichen ein Antrag der Frau Pfäff, die Kosten für besonders leistungsfähige Schulkinder dem Staate zu übertragen. Nach § 2 soll das Gesetz am 1. April

1925 in Kraft treten. Abg. Frau Pfülf beantragt als Termin des Inkrafttretens den 1. April 1926 festzusetzen.

Ingenommen wird schließlich der Antrag der Regierungspartei, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt. Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet.

Es folgt die Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Vereinbarung über die Erteilung von Rheinischfabrikpatenten.

Abg. Dr. Wolf (D.Vp.) äußert Bedenken gegen die Vereinbarung, weil die Erfindung an die Rheinischer trotz der Schwierigkeit der Verlesbarkeit auf dem Rhein gefährdet. Es sei bedauerlich, daß diese Bestimmungen auf Wunsch Frankreichs durchgeführt werden müssen. Die deutsche Regierung habe sich jahrelang gestäubt, diese Vereinbarung zu unterzeichnen. Die Vorlage wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Bestimmungen über die Einstellung eines gerichtlichen Verfahrens gegen die Abg. Kenzler (Komm.) und v. Gräfe (Völk. Vereinigung) werden auf Donnerstag vertagt. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Bestimmungen, Lichtspielwesen, Grundschulgesetz, Amnestievorlage. Schluß gegen 1/8 Uhr.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Minister Stöckl in seinem Bericht über die Anlage der Postgebühren u. a. aus, daß das Postfinanzgesetz sich im allgemeinen bewähre. Die Gebühren der Post seien, an der Kaufkraft des Geldes gemessen, unter den Friedensjahren. Die Fernsprechgelder seien zweimal ermäßigt worden. Eine weitere Ermäßigung im Ostseefahrer würde einen Anfall von 141 Millionen Mark bedeuten, den die Post nicht tragen könne. Der Minister warnte davor, die Post beim Kraftwagenverkehr auf unrichtige Art zu befrachten. Eine frühere Zustellung der ersten Post sei wünschenswert. Die Sonntagseinstellung sei auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Die finanziellen Ersparnisse würden bei der Abschaffung der Sonntagseinstellung recht erheblich sein. Trotzdem sei mit einer solchen Abschaffung zur Zeit nicht zu rechnen. Der Minister ging dann auf Beantwortungen über.

Aus dem Freistaat Baden Schmutzgeschäfte der Hafenkreuz-Presse

Die Mannheimer „Volkstimme“ berichtet folgendes: Im „Friedericus“, dem berüchtigten Berliner Gesellschaftern gegen alles, was nicht sozialdemokratisch und erzwungen ist, lud vor einiger Zeit eine nicht schwer zu erratende Stelle gegen den Professor Dr. Treitel an der hiesigen (Mannheimer) Elisabethenschule die folgende „kollegiale“ Geweinheit ab:

Die Mannheimer Elisabethenschule besaßen einige Nidimen. Darum wollte auch der Herr Professor Dr. Treitel, daß statt einer Weihnachtsfeier eine Menselsohlfestfeier stattfinden sollte. — Im Hinblick auf eine Klasse befand sich aber dafür bernahe eine erhebliche Anzahl abgebrannter Weihnachtskerzen entgegengebracht sei. Die Entzündung sagt nichts darüber, welcher Grund den Schülerinnen beim Eintreten des Lehrers entgegengebracht ist!!!

Nach wiederholter hartnäckiger Weigerung unter nichtigen Ausflüchten bequeme sich das Berliner Gespann, als ihm mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen das Pressegesetz gedroht worden war, zur Veröffentlichung der folgenden Verzichtserklärung Dr. Treitlers:

1. Es ist unklar, daß ich in der Mannheimer Elisabethenschule die Abhaltung einer Menselsohlfestfeier veranlassen wollte. — Wahr ist, daß der zuständige katholische Musiklehrer schon lange vorher von sich aus eine Menselsohlfestfeier vorbereitet hatte, daß die Abhaltung derselben aber unterließ, weil einzelne Leute darin die absichtliche Verhinderung einer Weihnachtsfeier erblickten. Die Abhaltung von Weihnachtsfeiern wurde den Lehrern der einzelnen Klassen anheimgestellt.

2. Es ist unklar, daß ich einen Klassenbucheintrag gemacht hätte des Wortlauts: „Bei Vertreten des Schulmeisters trönte mir der widerliche Geruch abgebrannter Weihnachtskerzen entgegen.“ — Wahr ist, daß meine Klassenbuchführung gelautet hat: „In der Klasse ist ein erfindender Geruch, da Weihnachtskerzen brannten.“ Beim Abrennen dieser Kerzen handelt es sich nicht um eine Feier, sondern lediglich um eine Spielerei der Schülerinnen mehrere Tage vor der eigentlichen Feier.“

Damit war zunächst die bössartige Vigenhaftigkeit der Mannheimer Einfindung des Hafenkreuzerischen Dekupapiers festgelegt. Doch die Niedrigkeit der Meinung derselben sollte sich noch als viel größer erweisen. Vorgelesen ging Dr. Treitel vom „Generaldirektor“ des „Friedericus“ (Unterstützt unerschrocken) in eingehendem Brief eine Anzeigenrechnung betr. Verzichtserklärung über 210 — zweihundertzehn — Reichsmark zu zahlbar innerhalb acht Tagen ohne jeden Abzug, mit dem folgenden Verbleib:

„Anbei gestalten wir uns, zwei Belegstücke über die uns gefandene Verzichtserklärung zu übersenden. Da diese Verzichtserklärung die von uns gebrachte Notiz um 21 Tatzellen überschreitet, erlauben wir uns, auf Grund des Pressegesetzes eine Rechnung über 21 Tatzellen zu je 10 Goldmark = 210 M. — beizufügen und bitten um gefällige Begleichung unter Benützung beigefügter Zahlungsart.“

Diese Zahlungsaufforderung kennzeichnet den an Neoliberalen grenzenden Tiefstand der nationalsozialistischen Presse. Erst verstand man anständige Leute, die politisch auf gegnerischem Standpunkt stehen, durch äußerlich kurzgefaßte, dafür aber inhaltlich umso stärker verletzende und herabwürdigende Notizen, und wenn das Opfer solcher Verleumdung dann zur Rettung von Namen und Ehre zu einer Verzichtserklärung auf Grund des Pressegesetzes die Zustimmung nehmen muß, schreibt man es noch, nimmt ihm eine ordentliche Stange Gold ab und macht damit neben der politischen Seite noch ein gutes Geschäft. Dieser geht mit der journalistischen Moral nicht gut; und es ist charakteristisch für die preußisch-monarchistischen „Erneuerer Deutschlands“ unter der Hafenkreuzer-Regie, daß sie bei der Führung ihres politischen Geschäftes auf Methoden verfallen, deren sich der moralisch Tiefstehende jener Klasse, die der „Friedericus“ so geschickt verfolgt, deren sich selbst der schmutzigste Jude schämen würde.

In bald 25jähriger journalistischer Praxis ist dem Schreiber dieser Zeilen ein derartiger Fall von schmutzigem Mißbrauch des bekannten § 11 des Pressegesetzes nicht vorgekommen. Wir haben

deshalb dem Herrn Professor Dr. Treitel geraten, unter keinen Umständen der Zahlungsaufforderung an den „Friedericus“ Folge zu leisten. Denn selbst wenn man die formale Berechtigung des Verlangens einer Begleichung der überschreitenden Zeilenzahl aus dem Abs. 3 des erwähnten § 11 anerkennt, wären die Berechnung der Zahl der zu zahlenden Zeilen und die Höhe des Preises dafür unter allen Umständen zu beanstanden. Der „Friedericus“-Generaldirektor möge seine Forderung eintragen, und das Gericht möge dann sein geschäftliches und moralisches Urteil fällen über die Erpresser-Methoden, die da bei einem der prominentesten Repräsentanten der Saftkreuz-Journalistik im Schwange sind.

Einzugung badischer Banknoten. Die Badische Bank ruft alle Badischen Banknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, zur Einziehung auf. Die ausgerufenen Noten verlieren mit dem 1. Juli 1925 ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel. Diese Noten können noch bis zum 31. Juli 1925 bei den Kassen der Badischen Bank in Zahlung oder gegen Reichsbanknoten in dem § 4 Abs. 2 des Privatnotenbankgesetzes bestimmten Verhältnis, wonach eine Reichsmark einer Million Mark bisheriger Ausgabe gleichzusetzen ist, umgetauscht werden. Nach dem 31. Juli 1925 werden die ausgerufenen Noten kraftlos; damit erlischt auch die Einziehungspflicht der Badischen Bank. Noten in Abschnitten unter 10 Milliarden Mark sollen nur in Gebunden, wie im Geldverkehr üblich, und in einem durch 10 Milliarden teilbaren Betrag eingereicht werden. Besonders hingewiesen wird darauf, daß eine Aufwertung dieser Banknoten auf Grund der erwähnten Bestimmungen des Privatnotenbankgesetzes ausgeschlossen ist.

Abgeordneter Maier legt Berufung ein. Gegen seine Verurteilung im sogenannten Hagenschieß-Prozess durch das Schöffengericht Karlsruhe hat Landtagsabgeordneter Maier Berufung eingelegt. Das Schöffengericht hatte ihn befristlich zu 600 M. Geldstrafe verurteilt.

1. Zur Reichspräsidentenwahl. Aus dem badischen Oberland wird uns berichtet: Ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung bei der Reichspräsidentenwahl ist wohl nur von wenigen Plätzen zu melden, dagegen liegt Anlauf vor, über geringe Wahlbeteiligung zu berichten. Soweit das badische Oberland in Betracht kommt, war die Wahlbeteiligung auffallend gering in verschiedenen ländlichen Ortschaften der Bezirke Freiburg, Staufen und Waldkirch. Es sind eine Menge Landorte, in denen nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt hat. Manchmal nur ein Drittel, der zur Urne schritt. Den Gipfel der Wahlhauheit erreichte man im Bezirk Waldkirch. Von den 27 Gemeinden des Bezirks sind nur in 6 Gemeinden mehr als die Hälfte der Wähler zur Abstimmung gegangen; in den meisten Ortschaften wählten nur etwa ein Drittel der eingeschriebenen Wähler oder noch weniger. Der Vogel in punkto Wahlhauheit abgeschossen haben die Orte Haguenau und Niederwinden. In beiden Ortschaften haben von 207 Wahlberechtigten 33 zur Abgabe eines Stimmzettels, in Niederwinden hielten es von 840 Wahlberechtigten nur 51 der Mühe wert, sich an der Wahl zu beteiligen.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretärs Karlsruhe

Die Ortsvereinsleiter werden erneut ersucht, die Kassiererei so frühzeitig zu beginnen, daß die Abrechnung für das 4. Vierteljahr rechtzeitig in den Besitz des Sekretariats kommt. Ramentlich ist der kommende Sonntag und event. noch die Osterfeiertage zur Kassierung der Beiträge und Feststellung der Abrechnung zu benützen. Die Abrechnungsvordrucke sind mit der Silberplakat-Sendung des Ortsvereinsvorsitzenden zugegangen. Unterbegrißauskunft. Die Genossen werden dringend gebeten, vollständig zu erscheinen.

Trinks, Parteisekretär.

Oberkirch. Samstag, den 4. April, abends 8 Uhr, findet in der Stadt Straßburg die Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Müd. bild auf den ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl. Referent: Gen. Trinks. Karlsruhe. 2. Wahl des beten, vollständig zu erscheinen.

Kleine badische Chronik

Dummersheim. Die Gendarmerie hat das Mädchen ermittelt, das am 27. März im Frauenabort im Bahnhof Kallatt einen Kind das Leben geschenkt und es alsbald durch Ersttötung getötet hat.

Karlsruhe. In der Nacht auf Sonntag wurde in der hiesigen Bahnhofsrestauration eingebrochen. Den Dieben fiel ein größerer Geldbetrag, Kleingeldstücke und Taschengeld in die Hände, ferner haben sie eine Anzahl im Keller lauernden leeren Flaschen mit Wein gefüllt und mitgenommen. Es ist dies nun der vierte Einbruch in dieser Art seit einigen Jahren, der in dieser Wirtschaft unternommen wurde.

Schwetzingen. Durch die Verhaftung der beiden Brüder Walter aus Mantstadt, die bei einem Ladeneinbruch verhaftet wurden, ist eine größere Anzahl von in der letzten Zeit hier verübter Einbrüche aufgeklärt worden. Die beiden Verhafteten haben ihre Einbruchdiebstähle mit einem entsprechenden Zuschuß ausser Namens Wiegele ausgeführt.

Seidelberg. Zur Frage der Verlegung des Hauptbahnhofs wird den „Neuesten Nachrichten“ mitgeteilt, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin auf die Eingabe der hiesigen Polizeidirektion erklärt hat, zur Fortsetzung des Bahnhofsneubaus in Seidelberg seien für das Jahr 1925 erhebliche Mittel bereitgestellt. Der Bau soll, soweit es die Rücksicht auf die gesamte Finanzlage der Deutschen Reichsbahn zuläßt, weiter gefördert werden.

Mannheim. Der 35jährige Kammerer Soder von Sausingen, der sich auf einem räumigen Güterzug befand, wurde, als er beim Kantieren auf der Weichsine hand, beim Anfahren zwischen einen auf einem anderen Gleise stehenden Wagen und der Weichsine so schwer eingeklemmt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Mannheim. In der Abteilung „Lokomotivbau“ bei der Firma Lang fiel der 28jährige Kranenführer B. S. von Friesenheim beim Überprüfen einer Kranenbahn auf die andere aus sechs Meter Höhe zur Erde. Vermutlich erlitt der Verunglückte eine Wirbelsäulenverletzung, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Tote hinterließ Frau und drei Kinder, von denen das älteste sechs und das jüngste 3 Jahre alt ist.

Durbach bei Offenburg. Als drei Saanauer Landwirte sechs bestm. Lamaholz auf einer Fuhre beiführen wollten, versetzte plötzlich die Bremse und die schwere Last war nicht

mehr aufzubalten. Die Männer konnten noch im letzten Augenblick beiseite springen, eines der Pferde aber geriet unter den Wagen und wurde sofort getötet. Der Wagen selbst ging in Trümmer.

Freiburg. Mit Anfang April wird beim hiesigen Postamt ein Unfallmelddienst neu eingerichtet, der sich auf die Orte Freiburg, Schönau, Schönmühl, Außbach und Bremelsbach erstreckt. Er bezweckt in erster Linie in Fällen der Notwendigkeit der Beschaffung von Hilfsleistungen von Arzt, Tierarzt und Apotheke, von geistlichem Beistand, von Feuermeldung, Unfallhilfe, Beseitigung von Störungen im Hochspannungsnetz, bei allgemeinen Erfordernissen, bei Verbrechen oder ihrer Abwehr, Verfolgung von Verbrechern, Aufrechterhaltung von Ordnung, die rasche Verhängung und Erreichbarkeit der in Frage kommenden Stellen.

St. Georgen. Ein schweres Unglück dem ein im besten Mannesalter stehender hiesiger Bürger zum Opfer fiel, ereignete sich bei den Steinbrüchen der Firma Kaimann. Hermann E. H. der die Grabarbeiten unternommen hatte, bediente den Motor. Durch ein unglückliches Verhängnis infolge Bremsensprangen die Riemen scheiben. Ein Stück Eisen drang E. H. in die Schläfe, jedoch der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

Erweiterte Gültigkeit der Sonntagskarten über Ostern. Der Badische Verkehrsverband macht besonders darauf aufmerksam, daß die ermäßigten Sonntagsruderfahrten über Ostern schon ab Gründonnerstag mittags 12 Uhr benützt werden können und bis einschließlich Ostermontag Gültigkeit haben.

Falschspieler in D. Jügen. Falschspieler wählen schon seit geraumer Zeit mit Vorliebe die D. Jügen in der hiesigen Gegend, hauptsächlich in den Richtungen nach dem Rheinland und Bayern, um ihr unehrliches Handwerk zu treiben. Die Gauner treten elegant auf, machen sich an Reihende der 2. und 3. Klasse heran und spielen schließlich mit ihnen eine Partie „Stimmelnblätchen“. Dabei wurden die Opfer zum Teil um bedeutende Summen geprellt. Auf vielfache Beschwerde der Reihenden richteten die größeren Eisenbahnstationen wie Mainz, Wiesbaden, Frankfurt, Würzburg und München, einen Heberwachposten ein. Es gelang den Gaunern, auf die Spur zu kommen und sie schließlich in München bei Ankunft des Frankfurt-Münchener D. Jüges zu verhaften. Es handelt sich dabei um zwei stellenlose Kaufleute. Nach den bei den Gaunern vorgefundenen Papieren, benutzten sie die D. Jügen immer nur freudenweise und kehrten dann mit dem nächsten Zug nach der Ausgangsstation zurück, um dann den nächsten Zug der gleichen Richtung ungesicher zu machen. Die Falschspieler waren im Besitz bedeutender Geldmittel.

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes

Gegenüber der Vormoche kann in der Berichtswoch (18. bis 25. März) von einer leichten Besserung gesprochen werden. Die Erwerbslosenziffer ist um 535 (von 18 615 auf 18 080) gesunken, auch hat sich das Verhältnis der Arbeitsfindenden zu den offenen Stellen etwas gebessert, am Ende der Berichtswoch kamen auf 100 offene Stellen 750 Arbeitsfindende, während das entsprechende Verhältnis der Vormoche 100 : 850 war. In der Industrie der Steine und Erden wurde verhältnismäßig Bedarf an Ziegler gemeldet.

In der Metall- und Maschinenindustrie belebte sich die ohnehin schon stark nachgefragte nach Holz- und Maschinenformern weiterhin. Der Bedarf an Bohrwerkzeugen und Rundschleifern war nicht ganz zu decken. Die Karlsruher Nähmaschinenindustrie zeigte sich aufnahmefähig für Hocharbeiter verschiedener Art, im hiesigen Bezirk war besonders die Nachfrage nach Heimmechanikern erheblich, in Mannheim erfolgte infolge weiterer Abbaumöglichkeiten sowie von Drechern ein Zugang von Bau- und Maschinenbauern der Reichsbahn, ein zum Arbeitsmarkt, doch konnte ein Teil dieses Kräfteangebots bei der Oberberuflichen Eisenbahngesellschaft wieder Verwendung finden. Die Unterbringungsmaßnahmen für die schwebende Schiffbau- und Schmittmacher blieben auch in der Berichtswoch unverändert ähnlich. Hingegen ist die Beschäftigung in der Forstheimer Schmiedewarenindustrie etwas ruhiger als in den Vormochen geworden.

In der Spinnstoffindustrie ist es in einer Seidenfabrik zu einer kleinen Arbeitsveränderung gekommen hingegen bestand in der Lörracher Seidenindustrie starke Nachfrage nach Posamentierern, Posamentierinnen, Winderinnen, Spulern und Andrererinnen. In der Seidenerei wurde infolge schlechten Abfahrs mit Werkverurteilungen von 10 Prozent der Belegschaft begonnen.

In der Lederindustrie war der Bedarf an Polsterer stärker als an Sattler.

In Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich die Nachfrage nach Möbelschreibern, Drechern und Holzbildhauern noch vermindert.

Auch im Nahrungsmitelgewerbe kann von einer gewissen Besserung gesprochen werden, wenigstens zeigte sich die Jüderrwarenindustrie für Konditoren und Ausbäcker aufnahmefähig. Allerdings mußte auf der anderen Seite eine Nahrungsmittelindustrie infolge Abfahrmangel schließen. Weiter verschlechtert hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Tabakindustrie.

Gingegen kann von einer gesteigerten Belegung der Nachfrage im Bekleidungsgebiete (Schneiderei) berichtet werden. Hier waren neben selbständigen Großschneidern, an denen empfindlicher Mangel herrscht, namentlich auch Damen-schneiderinnen gesucht.

Im Baugewerbe hat sich die Nachfrage im Oberland erheblich gesteigert. Im Unterland war der Bedarf an Maurern nicht so groß, in stärkerer Maße wurden dort Plattenleger und Spalter, Gipser und Rohmenschmied, insbesondere aber Maler verlangt.

Im Verkehrsgewerbe haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten infolge der Rheinischfabrikverhältnisse verschlechtert, was durch den erhöhten Zugang von Eisenarbeitern in Mannheim in Erscheinung tritt. Kraftfahrer und Pader werden kaum verlangt.

Pianos - Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen Karl Lang Kaiserstrasse 107/1 Telefon 1073 Salamander - Schuhhaus

AUXOLIN Schuppenbildungen und den damit verbundenen Haarausfall behandelt man am zweckmäßigsten mit Auxolin-Schuppen-Pomade von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe. Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.— die Dose.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 2. April

Geschichtskalender

2. April: 1726 *Der Abenteurer Coganova in Venedig. — 1840 *Der franz. Erzähler Emile Zola in Paris. — 1866 Richard Cobden, Vorkämpfer des Freihandels, in London.

Frühlingwetter

In Beginn der letzten Märzwoche hat sich ein bemerkenswerter Witterungswechsel vollzogen. Die wochenlang winterliche Charakteristik des Wetters hat ziemlich unvermittelt ein Ende gefunden, nachdem in der bisherigen Verteilung des Luftdrucks wesentliche Verschiebungen eingetreten sind. Das Hochdruckgebiet hat sich südöstwärts zurückgezogen und eine über den britischen Inseln erscheinende Depression beeinflusst in zunehmendem Maße die Witterung Europas. Eine weitere Depression befindet sich im hohen Norden des Kontinents, wo lebhaft südliche Luftströmung die Oberhand gewonnen hat. Letztere hat binnen zwei Tagen in ganz Skandinavien und Nordrussland Tauwetter und starke Erwärmung gebracht. Die Temperaturen, die noch Mitte letzter Woche in Zentralrussland und an der russisch-finnischen Grenze bis zu -15 Grad unter Null lagen und noch zu Beginn dieser Woche im nördlichen Nordeuropa bis nahe an -20 Grad gesunken waren, liegen jetzt überall über dem Gefrierpunkt. Selbst im Petersburger Gebiet und nördlich davon, im russisch-finnischen Seengebiet, ist die Temperatur um über 20 Grad gestiegen und liegt jetzt zwischen 1 und 5 Grad über Null. Allgemein hat in den Nordländern Schneeschmelze eingesetzt, die durch die südliche warme Luftzufuhr begünstigt wird. Die Erwärmung ist inzwischen fortgeschritten und hat sich auch auf Deutschland ausgebreitet. Ganz Norddeutschland ist vollkommen frostfrei und die Temperaturen liegen erheblich über dem Gefrierpunkt. In Süddeutschland, wo am Sonntag noch vielfach Frost auftrat, ist nach Umschlagen des Windes nach Süden, zum Teil auf Grund von eingetretener Windstille und starker Wärme-einstrahlung bei wolkenlosem Himmel am Dienstag schnelle, frühlinghafte Erwärmung erfolgt. Die Nachmittags-temperaturen stiegen in der Rheinebene am Montag bis 12, am Dienstag schon bis 16 Grad Wärme im Schatten. Im Schwarzwald macht sich die föhne Luftströmung ebenfalls bemerkbar. Montag nachmittag stieg das Thermometer in den höheren Gebirgs-tälern bis auf 7 Grad über Null, in den folgenden wolkenlosen Nacht aber herrschte nochmals lokaler Frost bis zu -5 Grad. Dagegen ist im Laufe des Dienstag die Erwärmung bis zu den höchsten Regionen durchgedrungen, so daß auch im Feldberggebiet etwa 6-7 Grad Wärme zu verzeichnen waren. Die Schneeschmelze hat damit auch auf die obersten Berglagen übergreifen. Aus dem Alpengebiet wird gleichfalls rapide Temperaturzunahme und Tauwetter bis gegen 3000 Meter aufwärts gemeldet. Dem Fallen des Luftdrucks nach zu schließen ist mit baldiger Einwirkung des nordwestlichen Tiefdruckgebietes und damit mit dem Eintritt von Trübung und weiterer Erwärmung zu rechnen.

Lassalle-Feier

Der Anlaß des 100. Geburtstages Ferdinand Lassalles — geboren am 11. April 1825 in Breslau — bot dem Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten Gelegenheit, des Erweckers der deutschen Arbeiterbewegung in einer erhebenden Feierstunde zu gedenken. Wie unbekannt ist hauptsächlich der jüngeren Arbeitergeneration das reiche geistige Erbe, das der große Wissenschaftler, Organisator, Agitator, mit beglückender Medenbegabe beglückte Lassalle der Arbeiterklasse hinterlassen hat. Gerade heute muß man sich wieder vor Augen halten, wie Lassalle sich mit dem ganzen Feuer seiner nachvollbaren Persönlichkeit an die Spitze der unfrischen, gemetelten deutschen Arbeiterbewegung stellte und den Arbeitern zurief: „Das allgemeine und herrliche Wahrspruch ist nicht nur ihr politisches, es ist auch ihr soziales Grundprinzip, die Grundbestimmung aller sozialen Tugenden.“ Heute können wir diese große, weltgeschichtliche Tat in ihrer vollen Auswirkung würdigen. Lassalle war es, der die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Lage gebracht hat. Eine zahlreiche Besucherhorde füllte gestern abend den Festsaal des „Friedrichshofes“. Mit Aufmerksamkeit wurde das Gebotene respektiert. Der Männergesangsverein „Lassalle“ leitete den Abend mit einem Lied ein, das musikalisch wirkungsvoll zu Gehör gebracht wurde. Fräulein Eliza Rückert huldigte rezitatorisch mit treffenden Versgebilden dem unvergeßlichen Vorkämpfer der Arbeiter. Herr Dr. Dieß hielt eine zündende Gedächtnisrede. Zusammenfassend rezitieren wir aus seinen Darlegungen:

„Lassalle, ein genialer Schüler Marx und Engels, war mit den größten Gaben des Geistes und des Körperlichen ausgestattet. Er erregte sich ehrlüster Bewunderung und Wertung seiner wissenschaftlichen Leistungen, weniger als Politiker und Volkswirtschaftler. Mit den größten der damaligen Zeit, Sumichrath, Büch, Heine, stand er im Verkehr und wurde hoch geschätzt. Nach der schmählich zusammengebrochenen Revolution 1848 war er der erste, der in Berlin die Forderung der Arbeiter erhob, und das Recht des Arbeiters auf selbständige politische und wirtschaftliche Freiheit anerkannte. Im Frühjahr 1863 proklamierte er in seinem „Offenen Antwortschreiben“ das geheime, gleiche und freie Wahlrecht. Er forderte zur Bildung von selbständigen Arbeiterorganisationen auf und gründete den allgemeinen Arbeiterverein, der den Grundstock zu den jetzt bestehenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter gab. 1875 einigte er sich mit Webel und Liebknecht auf der Gothaer Zusammenkunft. Auf den Spuren Lassalles gelangte 1918 die Arbeiterkraft zu höchster Macht und damit zu staatspolitischer Verantwortung. Trotzdem die Arbeiter in den Nachkriegsjahren wenig von den Zielen Lassalles verwirklicht haben, magt es das Bürgerium, die Sozialdemokratie staatspolitisch mit all dem zu befechten, was als unabwehrbares Resultat des Weltkrieges anzusehen ist. Die Arbeiterkraft sollte daraus lernen, damit in künftigen Fällen bei Revolutionen anderen Methoden gehuldigt wird als 1918. Eine feine geschichtswissenschaftliche Studie des Mittelalters und seiner gesellschaftlichen Struktur gab Herr Dr. Dieß, indem er in längeren Ausführungen den Sinn des dramatischen Werkes „Franz von Sickingen“ von Lassalle eingehend nach jeder Richtung hin beleuchtete.“

Handelschule Karlsruhe

Zum ersten Male nach dem Kriege ist der Jahresbericht der Handelschule Karlsruhe, Fiskus 22, wieder im Druck erschienen. Wir entnehmen ihm u. a. folgendes: Im Schuljahr 1924/25 besuchten 1778 Schüler und Schülerinnen die Anstalt. Der Unterricht wurde erteilt von 98 hauptamtlichen Lehrkräften, 9 Hilfs- und 19 Religionslehrern (10 evangel. und 9 kath.). Eine besondere Stellung nimmt die Abteilung „Höhere Handelsschule“ ein. Diese wurde von 246 Schülern und Schülerinnen

besucht. Die „Höhere Handelsschule“ erfreut sich von Jahr zu Jahr eines zunehmenden Besuchs. Neben der Gebiethenheit und Vielseitigkeit der Lehrfächer (neben den technischen Fächern hauptsächlich Fremdsprachen: Englisch, Französisch, Spanisch), die eine umfassende und gründliche Ausbildung für die kaufmännische Bildung gewährleisten, ist vor allem die Förderung der Gesundheit für die wachsende Beliebtheit der „Höheren Handelsschule“ maßgebend, daß die Absolventen nur eine jährige kaufmännische Lehrzeit durchmachen brauchen. Daß neben den rein handelswissenschaftlichen Fächern auch die allgemeinbildenden wie Deutsch, Religion, Staatskunde, Erdkunde, und Volkswirtschaftslehre nicht zu kurz kommen, ist selbstverständlich. Neben dem regulären Schulbetrieb fanden in den Abendstunden besondere fachwissenschaftliche Kurse statt, an denen im Berichtsjahre 817 Schüler angelehrt wurden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei den Bemühungen der maßgebenden Körperschaften, aus der ehemaligen Militär- und Residenzstadt Karlsruhe eine Industrie- und Handelsstadt zu machen, die Schülerzahl sich bald verdoppeln wird. Deshalb weist der Jahresbericht mit Recht auf die unzureichende Anzahl der Lehrkräfte hin, in denen diese Mehrzahl nicht zur Verfügung gebracht ist. Man ist bereits bei den maßgebenden Stellen zu der übereinstimmenden Meinung gelangt, daß sobald als möglich mit der Errichtung eines modernen, den steigenden Anforderungen genügenden, neuen Schulhauses begonnen werden muß. (1) Koncert der Volkshochschule am Sonntag, den 5. April, vorm. 11 Uhr, im großen Saal der Festhalle. Wir machen auch an dieser Stelle nochmals auf das Volkskonzert der Mannheimer Volkshochschule besonders aufmerksam und bitten um zahlreiche Beteiligung. Die Arbeitergesangsvereine insbesondere werden gebeten sofort Karten bei der Musikalienhandlung Fröh Müller, Kaiserstraße, abzuholen oder solche sofort durch Postkarte zu bestellen. Vereine, welche nicht in der Lage sind, die Karten im Voraus zu bestellen, wollen solche am Sonntag vormittag in der Festhalle entnehmen. Auch diese Karten sollen unmittelbar durch Postkarte bestellt werden. Karten im Einzelverkauf sind auch im Zigarenhaus Köpcke, Ecke Kriegs- und Müppenerstraße zu haben. Die Mannheimer Sänger treffen Sonntag früh 9 1/2 Uhr hier ein und nehmen den Weg vom Bahnhof zur Festhalle durch den Schabergarten. Die höchsten Gesangsleistungen werden zum Empfang herzlich eingeladen. Bundesangehörigen ist anzuzeigen. Namittags 3 1/2 Uhr bis zur Abfahrt der Mannheimer ist gemüthliches Beisammensein im „Friedrichshof“.

* Silbernes Arbeiterjubiläum. Innerhalb Jahresfrist konnten mehrere Mitarbeiter der Druckerei des „Volksfreund“ ihr 25jähriges Arbeiterjubiläum begehen. So auch gestern wieder Gen. Schriftführer Lemmer. Es ist natürlich selbstverständlich, daß dieser Anlaß nicht ohne ihn zu veridigen, vorübergehen durfte und so veranlaßte sich gestern dortmitag das Personal des „Volksfreund“ zu einem schlichten aber doch eintrachtvollen Gedächtnis. Der Betriebsmann der Druckerei Gen. Wölffler überreichte als erster der Gratulanten mit entsprechenden Worten dem geschätzten Kollegen einen von der Kollegenchaft gestifteten Jubelstein nebst hübscher Glückwunschkarte und dutzendem Blumenstrauß. Der Verleger des „Volksfreund“, Genosse Stadtrat Ged. überbrachte die Glückwünsche der Geschäftsleitung, betonte die treue Pflichterfüllung des Gen. Lemmers und hob dabei hervor, daß mit ihm stets ein gutes Zusammenarbeiten war und er im Geschäft des „Volksfreund“ in Ehren gearbeitet habe. Als Anerkennung überreichte er dem Jubilar ein namhaftes Geldgeschenk. Dieser, herzlich erfreut, dankte für all die Ehrungen und bedauerte, daß er infolge seines vorgefertigten Alters nicht mehr in der Lage sei, so wie früher in der Partei und Gewerkschaftsbewegung aktiv tätig sein zu können. Ein allgemeines Gratulieren seitens der Kollegen und Kolleginnen beendete den einfachen und doch eintrachtvollen Akt. Möge der Jubilar noch recht viele Jahre in völliger Freude seiner Arbeit nachgehen können und ihm ein ruhiger Lebensabend beschieden sein.

(1) Betriebsrat und Voller der größeren Vauagegeschäfte Badens fanden sich dieser Tage in Karlsruhe zusammen, um mit den neuesten Erfindungen der Technik im Bauwesen bekannt gemacht zu werden. Herr Oberregierungsrat Gm e l e hielt morgens seinen Vortrag und nachmittags war Besichtigung des am Bau begriffenen Feuerwache-Gebäudes, mit dessen Ausführung bekanntlich das Vauagegeschäft Traumann beauftragt wurde.

(2) Verwendung von Pfennigmünzen. Im Zahlungsmittelverkehr ist in den letzten Wochen eine merkwürdige und erfreuliche Erscheinung eingetreten. Fünf- und Zwanzigpfennigmünzen sind nunmehr in so reichlichen Mengen geprägt und herausgegeben, daß der Verkehr in diesen Städten als geläufig betrachtet werden kann. Auch Ein- und Zweipfennigmünzen stehen in überreichlichen Mengen an den öffentlichen und Reichsbankstellen zur Verfügung. Angehört dieser Tatsache ist es unbegreiflich, wie die Anfänge des Umlaufens auf 5 und 10 Pfennig im Zahlungsmittelverkehr immer mehr zu sich greifen konnte. Ein- und Zweipfennigmünzen kommen schließlich nicht mehr für Zahlungszwecke in Anwendung. Daß diese Anfänge andauernd zur Preisverhinderung führt, wird vom laufenden Publikum völlig außer Acht gelassen. Es sei bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hingewiesen, daß die äußerste Zeit für die Einführung von Papiermarkenmünzen mit dem 5. Juli zu Ende geht und die Reichsbank keine Nachfrist gewähren wird.

(3) Verkehrsregelung Eckehardt- und Rheinstraße. Man schreibt uns: Der Verkehr an der oben genannten Ecke steigt von Tag zu Tag und wird jetzt, nachdem demnächst die elektrische Verbindung nach Amelungen fertiggestellt wird, noch mehr anwachsen. Es ist dort wohl die erste Stelle der ganzen Rheinstraße; dazu befindet sich kurz vor der Wegkreuzung die Weiche der Elektrischen, wobei es des öfteren vorkommt, daß zwei Wagen nebeneinander stehen; manchmal tritt auch eine Störung ein. Wer dort schon vorübergekommen ist, wird den Eindruck gewonnen haben, daß es fast unmöglich ist, ohne Karambolage mit Autos, Kabrioletten, Fuhrwerken etc. vorüberzukommen. Ab und zu steht auch ein Verkehrs-Schutzmännchen dort, der winkt; zu den verkehrstechnischen Stunden freilich nicht. Unsere Bitte geht dahin, dort entweder dauernd einen Verkehrs-Regulator aufzubauen oder quer über die Ecke- und Rheinstraße eine elektrische Signal-Einrichtung zu ziehen, die anzeigt, ob und von welcher Richtung elektrische Wagen kommen, damit ein reibungsloser Verkehr zwischen Autos und der Straßenbahn vor sich gehen kann.

(4) Ausschaltung Karlsruhes aus dem deutschen Rundflug 1925. Wie bekannt geworden, wird in diesem Jahre ein am 31. Mai beginnender Rundflug durch Deutschland stattfinden, für welchen der R.-Z.-Preis der Luft ausgesetzt ist. In diesem Rundflug sind die Hauptstädte der Nachbarstaaten Würtemberg und Hessen berücksichtigt, nicht aber auch die Landeshauptstadt Karlsruhe. Der Aero-Club von Deutschland ist als Ausschreiber des Rundfluges von verschiedenen hiesigen Stellen (Stadtverwaltung, Verkehrsverein, Handelskammer, Badische Luftverkehrs-gesellschaft, Vereinigung des Großhandels u. A.) wiederholt eindringlich verzerrt worden, auch die Stadt Karlsruhe in den Rundflug einzubeziehen, schon mit Rücksicht darauf, daß sie gerade bei solchen Gelegenheiten stiefmütterlich behandelt worden ist und daß Karlsruhe infolge seiner Lage innerhalb der neutralen Zone im Luftverkehr große Schwierigkeiten zu überwinden hätte, um sich auf diesem Gebiet zu behaupten. Alle diese Bemühungen haben aber leider nicht zu dem gewünschten Er-

folg geführt. Der Aero-Club hat vielmehr diese Anträge abgelehnt, weil es unstatthaft sei, die Flugstrecke nach zu vergrößern und weil Karlsruhe nur durch Vergrößerung einer Tagesstrecke in den Fluglinie einbezogen werden könne. Auch sei es notwendig gewesen, die Zahl der Zwangslandungsplätze nicht zu vermindern, weil möglichst wenig Zwangslandungen unternommen werden sollten. Ob diese Gründe für die Ausschaltung des hiesigen Landes und insbesondere der Landeshauptstadt von diesem bedeutungsvollen flugtechnischen Unternehmen wirklich stichhaltig sind, mag dahingestellt bleiben. Es ist jedenfalls höchst bedauerlich, daß das hiesige Land, das in die Stimmstunde des deutschen Reiches gedrängt worden ist, bei derartigen Unternehmen nun schon mehrfach entbehrlich übergegangen oder doch nur in untergeordneter Weise berücksichtigt worden ist. Auf-fallend erscheint im vorliegenden Fall, daß man Baden nicht von vornherein in den Rundflug einbezogen hat und daß man es jetzt lediglich seiner Sympathien verdankt. Es wird nötig sein, nunmehr in nachdrücklicher Weise als früher auf diese Verhältnisse hinzuwirken und gegen diese stiefmütterliche Behandlung der Südwestmark Stellung zu nehmen. Der Verkehrsverein wird nach Mitteln und Wegen suchen, hierin Wandel zu schaffen.

m. Die Schülerchaft der Helmholtz-Oberrealschule hat zum Schuljahresabschluss im Gemeindefest der Festhalle den „Ausschluß“ von Gestein zur Ausführung gebracht. Der Zubehang von Gestein und Schulfreunden war so stark, daß eine Wiederholung stattfinden mußte. Es ist erstaunlich, was die Jugend da ohne jede Beeinträchtigung von Gemüthen geleistet hat. Regie und technische Einrichtung klappten aufs vorzüglichste, die Umkleen waren in kürzester Zeit bewerkstelligt. Die Befragung der Rollen darf eine durchweg glückliche und befriedigende genannt werden. Der Unterprimar Egon Koll sprach den Part des Faust mit Verständnis und eindringlicher Wärme. Friedrich Fischer, der als Regisseur Amplitud und Energie bewies, stellte einen Mephisto auf die Beine, der mit seiner sarkastischen Färbung individuelles Leben verriet und schauspielerisch die Höchlichkeit des Abends darstellte. Von feuchtschilleriger Stimmung durchweht war die Szene in Auerbachs Keller (Zinn-ecke, Oehmann, Thier, Böhrer). Sinne und Oehmann müssen auch noch belobt werden für die charakteristische Verleumdung der Rollen des Hamulus, Valentin und des Studenten. Mit ihrem reizenden Gesetzen bot die Unterprimar Gijela Mertz eine Leistung von feinstem poetischem Duft, während Maria Kadiol als Marie Scherz-lein mit ihrem entzückenden gemachten Jähnluden die robusten Töne des Puppelweibes vorzüglich traf. Ema Kott als Klagen verhaltenmäßig in glücklichster Weise das Ensemble, das nach jeder Szene mit zunehmendem Beifall bedacht wurde. — Neue Jugend, neues Werden — das war der Eindruck vieler Zuhörer, die wohl an ihre eigene Kennbarkeit zurückdenken, wo man den Schulstoff bei einem solennem Kommerz mit Opfergaben an Gott Nachus feierte und sich glücklich dünkte, wenn man bekennen konnte: „s war halt doch ein schönes Fest, alles wieder voll gemeint!“

(5) Betriebsrat mit außer Kurs gestellten Geldscheinen. In letzter Zeit verlegen sich Betrüger darauf, daß sie in Geschäften außer Kurs gestellte hiesige 100 Markscheine mit dem Ausgabedatum vom 1. 1. 1922, Reimarische mit dem Ausgabedatum vom 6. 2. 1920 sowie alle 100-Mark-Scheine bei kleinen Einfäusen in Zahlung geben. So sind in den letzten Tagen in Mannheim wieder vier solcher Fälle zur Anzeige gebracht worden. Am 18. 1. 1925 wurde auch in Karlsruhe ein Straßenbahnfahrerscheine durch Einnahme eines alten Reimarischen gehandelt. Daher Vorsicht bei Einnahme von Geldscheinen.

Theaterkulturverband. Am Freitag, den 3. April, veranstaltete der Theaterkulturverband im Anlagengebäude der Techn. Hochschule, Hofstraß 37, einen Einführungsvortrag über Goethes Faust 2. Teil. Als Redner wurde der Literaturhistoriker der Techn. Hochschule Prof. Dr. Karl Stoll gewonnen. Mitglieder des Theaterkulturverbandes, der Ges. für deutsche Bildung, der Volksbühne und Besucher der Vorstellung erhalten Vortragspreise. Es wird gebeten, den Vortragslauf an der Theaterkasse zu bezeichnen.

Aus den Vororten. Müppurr. „Kann ein Christ Sozialist und ein Sozialist Christ sein?“ heißt das Thema, über welches heute Donnerstag abend Jugendbarn Kappes im „Rühringer Wörrer“ sprach. Hierzu ist jedermann freudlich eingeladen. Bringt auch eure Frauen und Töchter mit. — Vor der Versammlung Widenergabe aus der Bibliothek.

Müppurr. In der Nacht zum 31. März wurden aus einem hiesigen Laden gestohlen: zwei Speckseiten im Gewicht von circa 10 Kilo, verschiedene Würstchen, etwa 400 Stück Eier und ein Fahrrad mit Motorradspeichen.

Stadteschulbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle. Wilhelm Gutlin, Notensteinier, ledig, alt 95 Jahre. Ernst Kühn, Kaufmann, Chemann, alt 54 Jahre. Luise Bar 80 Jahre alt, ohne Beruf, ledig. Elisabetha Gumb 80 Jahre alt, Witwe von Franz Gumb, Oberbaurat. Elisabetha Kämmler, 77 Jahre alt, Witwe von Andreas Kämmler, Stadtschulbuchhändler.

Für 2 Mk. 50 Pfg.
ein zu jeder Zeit
passendes Geschenk
für die Hausfrau!

15 Päckchen der bewährten
Oetker-Fabrikate.
darunter die neu herausgebrachten
Fleisch-Puddingpulver sind
zusammen mit einem Rezeptbuch
in einer hübsch ausgestatteten
Auswahl-Packung vereint und
bilden ein nützliches und
praktisches Geschenk
für jeden Haushalt!

In allen einschlägigen
Geschäften zu haben.

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Unterhaltung und Belehrung

Schir

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg
von Bruno Schönfelder

16

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Unser Schicksal steht in Gottes Hand,“ antwortete der Abt tief ergriffen, „einen besseren Trost kenne ich in dieser Zeit nicht. Gott siehe euch in den kommenden Tagen der Prüfung bei!“

Damit legnete er nochmals die Zurückgebliebenen und ritt den Brüdern nach, die bereits in den Tobelgrund niedergestiegen waren.

Jetzt bemerkten die Zurückgebliebenen erst, wie klein ihr Häuflein war, denn als sich der Abt auch zum Verlassen des Klosters entschieden hatte, zog gar mancher der bis dahin Schwankenden die sichere Fremde der unsicheren Zukunft im Kloster vor. Nur zehn Brüder, unter ihnen Gottfried und Oswald, der Gärtner, dieser seiner Blumen wegen, waren zurückgeblieben, außerdem einige Laienbrüder, darunter der alte Torwart, und eine Anzahl Bedienstete, die am wenigsten zu befürchten hatten. Dieser kleinen Schar war der Schutz des Klosters anvertraut, zu dessen Verteidigung kaum ein Fähnlein Landsknechte gereicht hätte, da es weitläufig gebaut und trotz seiner hohen Mauer nur schwer zu verteidigen war.

Dem Prior blieb daher nichts anderes übrig, als abzuwarten und für alle Fälle und zu jeder Zeit verhandlungsbereit zu sein. Seine ganzen Vorbereitungen bestanden daher nur in der Verstärkung der Wache. Den Gedanken einer Bewaffnung der Bauern von Hundsholz, Berken und den anderen benachbarten Dörfern verwarf er nach kurzer Erwägung, und so blieb er nur auf die Seinen angewiesen, denn auch der Hilferuf des Abtes nach Schorndorf, Eßlingen, Göppingen und Stuttgart war vergebens gewesen. Die Städte brauchten selbst Knechte, denn alle, die irgendwie abkömmlich waren und gegen die Bauern kämpfen wollten, hatte der Schwäbische Bund längst in Sold genommen. Er mußte abwarten, was die Zeit brachte; nichts anderes war möglich. Dabei änderte sich das Klosterleben nicht; Gottesdienst und Arbeit blieben wie bisher; die Glode läutete die verschiedenen Zeiten, und die Hundsholzer bekamen ihre täglichen Unterweisungen; nichts ließ nach außen ahnen, welche Verberungen eingetreten waren. Wer nicht ins Kloster gehörte, wurde vor dem Haupttor abgeferigt, das, streng bewacht, nur noch für den nötigen Verkehr geöffnet war. Alle übrigen Tore und Pforten blieben verschlossen.

Wenn das Kloster auch abseits lag, so stand es doch mit Schorndorf in reger Verbindung und erhielt von dort aus täglich die notwendigen Nachrichten. Unausgesetzt liefen Berichte ein, ja bisweilen überkürzten sie sich; neben unbedeutenden und nebensächlichen Zeitungen kamen sehr ernste und schwerwiegende, die dem Prior Sorgen bereiteten. Unter anderem ließ der Schorndorfer Vogt melden, auf dem Munnstein hätten sich die Bauern des Redartales versammelt; die Flammen ihrer Wafffeuer leuchteten weit ins Land und gäben Kunde, daß nun der Aufstand auch nach Württemberg übergesprungen sei. — Und die auf dem Munnstein haben wieder Hunderte von Bauern vom Heuberg herübergeleuchtet, wo die Schwarzwälder sich versammelt hatten. Artikel wurden beraten und Führer gewählt, um Württemberg von der drückenden österreichischen Besetzung zu befreien und die alte, aber verbesserte Ordnung wieder einzuführen.

Kaum war diese Kunde durch das Land geeilt, da überholte sie eine andere von so entsetzlicher Art, daß sie anfangs niemand glauben wollte. Die Stadt Weinsberg sei, obwohl siezig Ritter und Keisige dort gegen die Römischen (so nannten die Ritter die Aufständigen) gelegen hätten, am Oftertag nach kurzem Kampfe von den Bauern genommen worden. Florian Gezer, der früher ein Ritter gewesen und jetzt ein Bauer sei, habe die Burg mit seiner schwarzen Schar, der helle Haufen aber die Stadt gestürmt, wobei alle Herren und Knechte umgekommen seien. Nach der Einnahme hätten Jäcklein Rohrbach, der Böllinger, und seine Freunde gemeine Raube an den Gefangenen geübt und den Grafen von Helfenstein, den Schenk von Winterstetten, Burkhard von Ehingen, sowie alle übrigen Ritter und Keisige durch die Spieße gejagt und sie auf diese Weise nicht nur dem Tode, sondern auch einer entehrenden Strafe überantwortet. Vergebens habe die schöne Helfensteinerin, des Kaisers Maximilians natürliche Tochter, um das Leben ihres Gemahles gefleht, vergebens habe der Graf dreißigtausend Gulden für sein Leben geboten; die Bauern wären nicht darauf eingegangen, sondern hätten das Blut der Herren als Sühne für die sieben tausend Gemordeten bei Wurzach und für die Gerichten zu Leipzig und Langenau verlangt. Und nicht nur an den Lebenden hätten sie ihre Brut ausgelassen, sondern noch die Leichname geschändet, die Leiber aufgeschnitten, mit dem Fett der Toten die Säue eingeschnitten und ähnliche Untaten mehr vollbracht.

Unfassbar erschien die Nachricht, aber bald erfuhren die Adelberger noch genauere Einzelheiten durch einen Klosterbruder, der sich über Oftern in Weinsberg aufgehalten und alles miterlebt hatte. Er wußte über die letzten Stunden der Herren zu berichten, über die Kämpfe auf dem Friedhof und in der Kirche, über Blünderung und Ausschreitung, aber auch darüber, daß Florian Gezer nichts von der Tat Rohrbachs gewußt und nach ihrer Kenntnis mit seiner Schar den Häufen verlassen habe.

Da rief der Alte in schmerzlich abnehmendem Geiste: „Wehe euch Verblendeten! Blut will Blut, und die Entehrung ruft nach Rache! Jetzt seid ihr dem Jorn der Herren verfallen! Gewiß war der Helfensteiner einer der schlimm-

sten. Er hegte euch mit Hunden, seine Peitsche sah euch stets auf dem Rücken, wegen kleiner Vergehen warf er euch in den Turm und ließ euch dort verhungern. Aber deshalb habt ihr ihn nicht gemordet! Es ist die Antwort auf Wurzach, Leipzig und Langenau, es ist die Rache für das Bauernblut, das an der Donau in Massen fließt!“ Nach kurzer Pause fuhr er fort: „Diese Bluttat wird neue Bluttat erzeugen. Warum behielt ihr die Gefangenen nicht als Geiseln? Sie hätten euch mehr eingebracht als die kurze Freude gefättigter Raube. Ich kenne den Truchseß nur zu gut! Er hatte Freunde und Verwandte unter den Gemordeten, und seine Rache wird ihrer Schmach entsprechen. Nicht einer von den Tätern wird ihr entkommen, sie werden ein schreckliches Ende nehmen. Wohl wird bis dahin noch mancher Herr Gut und Leben verlieren, aber das letzte Ende sehe ich schon im Geiste, es heißt: Wehe euch Bauern!“

Bald ging die Rede, die Bauern hätten beschlossen, daß alle festen Häuser ausgebrannt werden sollten und der (J)emann gleich ihnen nicht mehr als eine Tür haben dürfe; des Weiteren, daß alle Klöster abgeban werden und die Mönche wie sie haben und reuten sollten. Eine andere Nachricht lautete, Matern Feuerbamer, der Wirt und Katscher von Großbottwar, wäre zum Führer der auf dem Munnstein Versammelten gewählt worden und söge aus, ganz Württemberg in die Gemeinschaft des „hellen griffelichen“ Haufens zu nehmen, schon sei er auf dem Weg nach Stuttgart.

Es war die Wahrheit. Wenige Tage darauf war er in Stuttgart eingezogen, hatte es in die Gemeinschaft aufgenommen und schickte sich an, das Nemstal zu gewinnen, da diesem Gefahr durch die Gaildorfer drohte und er seine fremden Häufen im Württembergischen dulden wollte. Den Klosterleuten war diese Nachricht sehr willkommen, weil Feuerbamer als rechtschaffener Mann galt, der, soweit es in seiner Macht stand, auf Ordnung hielt und jede unnötige Zerstörung und Blünderung vermied, obwohl er dadurch bei seinesgleichen bald als Ritter- und Klosterfreund vertrieben war.

Es war die höchste Zeit, daß Hilfe kam, denn gleich einer Gewitterwolke, die jeden Augenblick den zündenden Blitz niederlassen kann, bedrohte der Gaildorfer oder „gemeine helle“ Haufe das Nemstal nebst Umgebung. Zum Teil entlud sich das Gewitter vorzeitig. Den Gaildorfern waren alle Anzuehrenden aus den Tälern der Murr, Rems, der Jils und den Oberläufen der Jagst und des Kochers zugeströmt. Neben Untertanen von Hall, Gmünd, Ellwangen, Alalen, Göppingen, der Schenken von Limpurg, der Herren von Westerstetten, Hohenstein und Reiberg befanden sich auch Adelberger, Lorcher und Murrhardter Hinterzassen sowie Bauern vom Hohenstaufen, aus Donzdorf, Weissenstein und den angrenzenden Wäldern und Bergen darunter. Im Haß gegen ihre Herren einig, drängten sie zum Zug nach deren Sigen. Da der gutgehülte, gewaltige und beutegierige Haufen gegen Städte wie Hall, Göppingen und Gmünd nicht aufkam, folgte er um so williger dem Ruf nach dem schußlosen Württemberg.

Erst wurde noch schnell Murrhardt, das alte weitberühmte Kloster abgetan und aufs gründlichste ausgeplündert. Schwer war es den Bauern nicht geworden, denn die Hinterzassen des Klosters und die Bürger des Städtchens unterstützten die Angreifer bei ihrem Werk, das vor allem den Jins- und Gullbriesen galt. Wohl war der Abt mit dem Konvent im letzten Augenblick geflohen und hatte die wichtigsten Schriftstücke nach Lorch in Sicherheit gebracht; aber er hatte nicht mit der Bauern Haß gerechnet und zog nur Lorch mit ins Verderben. Die Gaildorfer eilten ihm über den Welsheimer Wald durch das Wieskraut nach und schwankten dort nach dem Kloster Lorch ab, das schon an und für sich einen deutlichen Haufen anlocken mußte. Obgleich es auf einem gut zu verteidigenden Hügel lag, war es doch gerade wie Murrhardt von vornherein verloren, da die Lorcher Bürger genau wie die Murrhardter auf Seiten der Bauern standen.

(Fortsetzung folgt.)

Radio und Arbeiterklasse

Alle technischen Erfindungen haben nur dann einen Wert, wenn sie zum Nutzen der gesamten Menschheit angewandt werden. Eine der wichtigsten technischen Erfindungen der letzten Zeit ist das Radio, und es ist eine bedeutungsvolle Aufgabe, diese weltumspannende Erfindung vor allem auch der geistigen Bildung der Arbeiterklasse nutzbar zu machen. Durch den Rundfunk ist die noch bis vor kurzem kaum geachtete Möglichkeit verwirklicht, gleichzeitig zu Millionen Menschen zu sprechen und ihnen die neuesten Mitteilungen, Vorträge über aktuelle Fragen, künstlerische Darbietungen usw. zu Gehör zu bringen. Für den Arbeiter, der bisher über einen verhältnismäßig eng begrenzten geistigen Horizont nicht leicht hinauskommen konnte, sind neue Möglichkeiten geschaffen, seinen Gesichtskreis zu erweitern. Er hat Gelegenheit, mit anderen Landesteilen, anderen Sprachen, anderen Kulturen in Verbindung zu treten und Arbeitskollegen fremder Länder zu hören, die ihn bisher unmittelbar nicht selbst erreichen konnten. Wir wollen hier nicht davon sprechen, daß die herrschende Gesellschaft unserer Zeit auf dem besten Wege ist, diese wichtige Erfindung für ihre speziellen Bedürfnisse vorzubehalten, aber wir müssen vor allem dafür sorgen, daß es dem Rundfunk nicht ergeht wie ähnlichen Erfindungen früherer Zeit, deren Verwertung den herrschenden Klassen allein zugute kommt.

Ähnere Aufgabe muß es sein, der breiten Masse Gelegenheit zum Selbststudium von Apparaten zu geben, ihnen durch leichtverständliche Kurse die Geheimnisse klar zu machen und ihnen durch Prüfung die Möglichkeit zur Vertiefung und Verwendung höherwertiger Apparate zu geben. Diese technischen Fragen hat sich der Arbeiter-Radio-Klub zur Aufgabe gestellt. Freilich darf er kein bloßer Ballast sein, der Vereinsmeierei betreibt, sondern er hat kulturpolitische Aufgaben zu lösen. Wir haben als Arbeiter unsere eigene Auffassung von Kultur, die sich immer wieder im Kampfe der von Arbeitern geschaffenen Parteien, Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen gegen die bürgerliche Weltanschauung zeigt. Mit

Hilfe des Rundfunks ist es möglich, zu Tausenden zu sprechen und ihnen unsere kulturellen und weltanschaulichen Ideale vorzutragen. Wir wollen unsere Arbeitervertreter hören, unsere geistigen Führer, Männer der Wissenschaft und Kunst, die mit uns denken und fühlen. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß das umfassendste Aufklärungs- und Propagandamittel unserer Zeit vollkommen der bürgerlichen Gesellschaft ausgeliefert und schließlich gegen die Arbeiterklasse angewandt wird.

Am 28. und 29. März fand in Berlin die erste Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs statt.

Aus allen Teilen des Reiches waren Delegierte erschienen. Am Anfang der Tagesordnung wurde ein Begrüßungsschreiben der österreichischen Kunstfreunde mit großem Beifall aufgenommen. Der Bericht des Kunstfreundes Heinze, der die Beweggründe behandelte, die zur Gründung des Arbeiter-Radio-Klubs führten, fanden allgemeine Zustimmung. Es wurde ein Manifest an das internationale Proletariat, unter besonderer Berücksichtigung der Fragen des besetzten Gebietes angenommen. In diesem Manifest wird verlangt, daß die Kunstfreunde des besetzten Gebietes, die von der Besatzungsbehörde wegen Empfangs des Rundfunks bestraft worden sind, sofort freigelassen und daß die schwebenden Verfahren niedergeschlagen werden. Eine dreigliedrige Kommission, die die internationalen Verbindungen aufnehmen soll, wurde gewählt und hat ihre Arbeit sofort aufgenommen. Am Laufe der Versammlung zeigte sich, daß Einmütigkeit und Geschlossenheit auch in technischer Beziehung besteht. Es wurde sehr eingehend die Frage der Notwendigkeit, dem Arbeiter in technischer Beziehung die Grundlagen der Radiotechnik herzugeben, unternommen. Es wurde in der Versammlung bekanntgegeben, daß bei einer gestrigen bei Herrn Staatssekretär Wrebow stattgefundenen Besprechung von diesem die Zustimmung gegeben wurde, daß der Arbeiter-Radio-Klub in aller nächster Zeit die Berechtigung zur Erteilung der Rundfunkbescheinigung erhalten wird. Bei Wahl der Reichsleitung wurden Hoffmann-Schwarzburg, Berlin als Vorsitzende gewählt. Im Verlauf der Konferenz wurde besonders die mangelnde ideologische Unterweisung der Arbeiterorganisationen hervorgehoben, die bis heute noch nicht die Wichtigkeit des Rundfunks und ihre Ausnutzung erkannt zu haben scheinen und besonders einen Anruf an alle Arbeiter-Kulturorganisationen angenommen. Unter dem Hinweis, daß die neu gewählte Reichsleitung sich mit aller Kraft dem Ausbau der für das gesamte Proletariat so wichtigen Organisation widme, schloß der neu gewählte Vorsitzende die Konferenz.

Theater und Musik

Konzerte und Vorträge

Die österreichische Dichtung der Neuzeit übertrifft der bekannte Literaturhistoriker Oskar Mahel seinen geistvollen Vortrag, den er für die Mitglieder des Theaterkulturverbandes hielt. Von Geburt aus Dörfleiner, beobachtet er seit Jahrzehnten das literarische Leben und weiß aus der Fülle der dichterischen Erscheinungen mit intuitivem Erfassen das Markanteste herauszuheben und außerordentlich fein und treffend zu charakterisieren und dabei Zusammenhänge aufzudecken und sie großen Strömungen unterzuordnen. Lenau, Stifter, Grillparzer, Raimund und Nestroff, bei deren Werken er auf Verbindungslinien und Beziehungen zum Wiener Singpiel, zur klassischen Wiener Operette hinweist; dann die Ebnert-Eichenbach und Hugo v. Hoffmannsthal bis zu den Modernen, Verfall, Gerechtigkeit, Brod, Misse, dessen Lyrik, dessen „Geschichte vom lieben Gott“ für stille Feierabendstunden erlesene Begleiter sind — sie alle fanden in Oskar Mahel einen verständnisvollen, herzenswarmen Fürsprecher. Ein anregender Abend, für den man dem kleinen Theaterkulturverband dankbar sein darf.

Einige Tage vorher las Martha Müller eine Tragedie „Der singende Fisch“ vor. Der aus Ostpreußen stammende Alfred Brust ist ihr Verfasser. Er läßt sein dreißigjähriges Stück auch in der Nähe seiner Heimat, am Memel spielen und führt uns zu Fischerleuten. Was er gibt ist blutleer, am Schreibtisch gemacht und erdacht, ist Literaturarbeit voll Braut und Eros. Sie schneidet faul. Wir ersparen es uns, auf den Inhalt einzugehen. Nur der sonderbare Titel, der sich als geschicktes Lockmittel für notenweise Leutchen erweist, interessiert: Er ist aus einem wralten Fischermärchen genommen. In einem singenden Fische lebt die Seele des Erlösers dieser Welt. Und jener Mensch vernimmt sein Singen, der die Begehrlichkeiten und irdischen Freuden dieser Welt überwunden hat. — Martha Müller trug mit bewundernswürdiger Einfühlung und (soweit es überhaupt möglich war) mit starker Ueberzeugungskraft die Tragedie vor. Alle Hochachtung!

Gösta Andreasson und Gustav Baf, beide aus Darmstadt kommend und hier nicht unbekannt, gaben einen Sonatabend, der jedoch trotz annehmbarer Preise schwach besucht war. Am Anfang stand eine Sonate von Philipp Harnach, einem Spanier, der in Berlin seine Wahlheimat gefunden hat. Dieses Werk (Opus 7) hat kein eigenes Gesicht; seine weiche Melodik gehört aller Welt an, nur das Darmstadt ist da und dort reizvoll und apart. Die beiden Künstler entfalteten hier in musizierfreudiger Gemeinschaft ihr solides Können. Sonaten von Mozart und Beethoven folgten.

Frankfurter Kunstwoche. Die von der Stadt Frankfurt a. M. geplante Frankfurter Kunstwoche findet vom 3. bis 9. Mai statt. Neben einer Ausstellung von Meisterwerken deutscher Malerei im Kunsthistorischen Museum werden je zwei Meisteraufführungen im Opernhaus und im Schauspielhaus, ferner zwei Orchesterkonzerte und ein Choronzert gegeben. Das Orchesterkonzert wird Professor Clemens Krauß, das Choronzert, das etwa dreihundert Mitwirkende zählen wird, Professor Siegfried Ochs (Berlin) leiten.

Aspera

Die meisten sind hier unten Hof Staffage;
Sie leeren sich ihre Starbierlannen
Und heben es den Dahn im Saß zu spannen,
Jedoch zum Schuß die Ziviltourage.

Das sind die unheimlich trägen Mannen,
Der Dämmerdöppler schmierige Bagage,
Die ihre Ruh erlaufen mit Wamagie
Und niemals sich auf Manneswert besinnen.

Ob sich wohl lohnt, die Schläfrigen zu wecken,
Die hinterm Viertisch sich behaglich strecken?
Die Kerle sind von gar zu faulem Holz.

Du sammelst auf den dicken Köpfen Kohlen —
Umsonst! — Da fehlt der Demokratenstolz!
Ich laß es sein. Mag sie der Teufel holen!

Ferdinand Rablinger

Kommunistenkandal im badischen Landtag

Zusammenstoß des Abg. Ritter mit dem Präsidenten — Abg. Bod rumpelt in stechender Weise die sozialdemokratische Fraktion an — Unterbrechung der Sitzung — Der Landtag trifft sofort Maßnahmen gegen die kommunistischen Radaubröder — Nachmittags-Sitzung: Geheiß über die Grunderwerb- und die Zuwachssteuer — Ausbau der Kuranlagen von Badenweiler — Wenderung des Landwirtschaftsamt-Gesetzes

28. Sitzung

Karlsruhe, 1. April 1926.

Nach Verlesung der Eingänge gedachte der Präsident Baumsgartner in einem herzlichen Nachruf der bei dem Unglück auf der Weiser verunglückten Reichswehrleute. Der badische Landtag und das badische Volk bringen den Hinterbliebenen der Opfer des Unglücks die herzlichste Teilnahme entgegen. Das Haus hörte die teilnehmenden Worte des Präsidenten lebhaft an.

Kommunistischer Standal

Abg. Ritter (Kom.) erging sich in einer soa. „Erklärung“, unter welchem Vorwande er sich die Worterteilung erschließen hatte, in seinen lästlichen Schimpereien und Krakeleorien, die er auch nach wiederholten Unterbrechungen durch den Präsidenten und aus der Mitte des Hauses, nicht einstellte. Als die Provokationen kein Ende nehmen wollten, wurde ihm durch Beschluß des Hauses das Wort entzogen, worauf dieser Herr noch die Kühnheit hatte, von — Vergewaltigung zu schreiben. — Abg. Bod (Kom.), der zum ersten Male wieder im Hause anwesend ist, lehrte hierauf den Krakeel fort. Im Besonderen greift Bod ohne jeglichen Anlaß in der unerhörten Weise den Abg. Marum an, den er mit den gemeinsten Ausdrücken bewirft. In heftigen Zwischenrufen weisen die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion diese Anrempelungen zurück; es droht demnächst zu einem Handgemachten zu kommen. Der Präsident selbst sah sich schließlich genötigt, die Sitzung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen. In erregten Gruppen besprachen die Abgeordneten das Standalöse Treiben der Kommunisten.

Es besteht für uns kein Zweifel, daß der Standal von den Kommunisten kanmäßig vorbereitet worden war. Die Burden handelten offenbar nach neuen Instruktionen, die sie nach dem „Erfolge“ ihrer Partei bei der Reichspräsidentenwahl am letzten Sonntag von ihrer Zentrale erhalten haben. Sie haben den Auftrag, besonders die Sozialdemokratie in den Parlamenten zu provozieren, Standale heraufzubefchwören, die Parlamentstätigkeit lahmzulegen, mit einem Worte, wie der Abg. Maier-Heidelberg auch in einem Zwischenruf bemerkte, sich als Hausübungen zu betätigen. Wir glauben heute schon voraussetzen zu können, daß den Rostau-Seloten im badischen Landtag und bei der badischen Sozialdemokratie die Durchführung ihrer Rostauer Befehle nicht gelingen wird. Wir empfehlen den Arbeitern, wenn sie in Karlsruhe Zeit und Gelegenheit haben, sich dieses Treibens der 4 kommunistischen Radaubröder einmal anzusehen. Sie werden dann am besten sich selbst überzeugen können, was für Elemente sich heute erechsen und erdreisteten dürfen, den Ehrentitel Arbeitervertreter sich beizulegen. Der Bod, der Ritter, die Unger und die Null-Gähler sind alles andere, nur keine Vertreter der Arbeiterschaft. In den Kommissionen arbeiten sie feinen Streich, im Plenum machen sie Schweinerei und das nennt sich Volks- und Arbeitervertreter! —

Kurzer Prozeß mit den kommunistischen Radaumachern.

Aus der viertelstündigen Unterbrechung wurde eine solche von 2 Stunden. Sofort nach der Unterbrechung trat der Hausrechtsausschuß und darauf der Geschäftsausschuß zusammen, um über Maßnahmen zu beraten, mit deren Hilfe der kommunistischen Standalstunde ein Diegel vorgeschoben werden kann. Der Landtag hat keine Lust, sich von 4 Radaubrüdern die Arbeit stören und sabotieren zu lassen. Die Beratungen über die Wenderung der Geschäftsordnung zogen sich bis 1/2 Uhr mittags hin. Präsident Dr. Baumsgartner eröffnet nach 1/2 Uhr wieder die Sitzung. Eingegangen ist ein Antrag auf

Wenderung der Geschäftsordnung

wie ein Initiativantrag betr. das Geheiß über die Entschädigung der Landtagsabgeordneten. Beide Anträge wurden sofort im Geschäftsausschuß beraten. Abg. Dr. Glöckner erstattet den Bericht. Die Geschäftsordnung soll dahin geändert werden, daß sie der Geschäftsordnung des Reichstags angepaßt wird. Eine abgegebene Erklärung muß dem Präsidenten vorher vorgelegt werden. Wenn ein Redner dreimal zur Ordnung gerufen worden ist, so kann ihm der Präsident nach Befragung des Hauses das Wort entziehen. Außerdem erhält der Präsident das Recht, ein Mitglied von der Sitzung auszuschließen; wenn es sich weigert, kann der Ausschluß auf 14 Tage ausgedehnt werden, und wenn ein Mitglied sich wiederholt weigert, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, so kann der Ausschluß auf 42 Tage erweitert werden. Der Gesetzentwurf betr. die Wenderung des Diätengesetzes befaßt, daß ein ausgeschlossenes Mitglied während der Dauer des Ausschlusses die Diäten entzogen werden, außerdem wird die Benutzung der Dreifachkarte gelehrt.

Abg. Bod (Kom.) versucht mit höhnischen und hämischen Nebenreden die Verblüffung und Verlegenheit der Kommunisten über diese prompte Arbeit gegen ihre Standalstunde zu verdecken. Am Herbst wird die Arbeiterchaft die Antwort auf diese Standalstunde geben, meine partheiisch zum Schluß der Standalstunde. — Der Antrag betr. Wenderung der Geschäftsordnung, dem Geheiß betr. sowie die Wenderung des Diätengesetzes wurde mit 72 Stimmen gegen die 4 Stimmen der Kommunisten angenommen. Die neuen Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion. Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) verliest am Schluß der Sitzung namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung:

Wir lehnen es nach dem Verhalten des Abg. Bod ab, mit ihm in eine lästliche Auseinandersetzung einzutreten. Wir haben aber die Erklärungen des Abg. Marum in

den Sitzungen vom 18. 12. 24 und 21. 1. 26 nochmals durchgesehen und stellen vor dem Lande fest, daß nicht die mindeste Veranlassung besteht, von diesen Ausführungen des Abg. Marum auch nur ein Wort zurückzunehmen. Am 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

29. Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung konnte nun endlich mit der sachlichen Arbeit begonnen werden. Geheiß über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachssteuer. Die Vorlage stand bereits auf der Tagesordnung einer der letzten Sitzungen, wurde aber, nachdem der Ausschußbericht gegeben nach kurzer Beratung wieder an den Ausschuß zurückverwiesen. Es handelt sich um Bewilligung eines Zuschlagsrechts der Gemeinden zur Grunderwerb- und Zuwachssteuer. Der Haushaltsausschuß hat erneut die Vorlage beraten; er empfiehlt die Annahme seines ursprünglichen Antrages mit dem Zusatz, daß das Geheiß am 1. April 1926 in Kraft treten soll. Die Kommunisten haben einen Zusatzantrag eingebracht, dessen Ablehnung der Berichterstatter Abg. Ritter beantragt. Abg. Bod (Kom.) begründet den kommunistischen Antrag; Abg. Maier (Str.) wendet sich nochmals dagegen. — Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Der Antrag des Haushaltsausschusses und das Geheiß wird bei Enthaltung der Kommunisten und des Landbundes angenommen.

Die Denkschrift über die Entwidlung der kurzzeitlichen Einrichtungen Badenweiler. Berichterstatter ist Abg. Dr. Höhr. Der Antrag des Haushaltsausschusses lautet, daß der Landtag sich vorbehaltlich der Aufnahme der Baukosten in den nächsten Rechnungsjahr zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 damit einverstanden erklärt, daß nach Maßgabe der gefertigten Pläne und Kostenberechnungen 1. mit einem Gesamtaufwand von 70000 M. wieder in die Wandelhalle in Badenweiler eingebaue werden und ein Parkhaus erstellt wird, und daß dabei die in der Denkschrift dargelegten Grundzüge wegen der Verzinsung des Aufwandes für diese beiden Bauten eingehalten werden; 2. die Bauarbeiten sofort in Angriff genommen werden. — Der Antrag des Ausschusses wird, nachdem Abg. Daguin (Landb.) sich befürwortet, Abg. Bod (Kom.) einige Vorbehalte geäußert, einstimmig angenommen. Minister des Innern Kemmle erklärt, daß allen Wünschen und Versicherungen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird.

Wänderung des Landwirtschaftsamt-Gesetzes.

Der Gesetzentwurf verlangt, daß auch Vorstandsmitglieder oder Beamte landwirtschaftlicher Vereinigungen (Kreistage und Kreistage) in die Landwirtschaftskammer gewählt werden können; die 10jährige Frist für die Wählbarkeit soll auf 1 Jahr herabgesetzt werden, und schließlich sollen die Rechnungen der Landwirtschaftskammer und ihrer gewerblichen Betriebe vom badischen Rechnungshof geprüft werden. — Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Siegelmaier-Oberkirch. Wir haben über den Verlauf und das Ergebnis der Ausschlüßungen bereits eingehend berichtet. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bereits in der letzten Landtagsession einen Antrag eingebracht, der verlangte, daß eine Wänderung des Landwirtschaftsamt-Gesetzes vorzulegen sei, die a) die Wählbarkeit der Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter- und Arbeitermehrerverbände vorzulegen und b) die Zahl der Arbeitnehmervertreter in allen in Betracht kommenden Körperschaften (Vorstand, Ausschüsse usw.) angemessen erhöhe. Der Haushaltsausschuß hat diesen Antrag abgelehnt, er empfiehlt aber einen Antrag: „Insofern Ausschüsse für Wirtschaftspolitik, Agrarangelegenheiten, Versicherungswesen, Rechtschuß, landwirtschaftliches Unterrichts- und Beförderungswesen gebildet werden, sind in dieselben auch Vertreter der Arbeitnehmer aufzunehmen. Die Kommunisten beantragen Wänderung der Wahlen auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips — der Berichterstatter stellt unter Beifrieder fest, daß dieser kommunistische Antrag offene Türen einrenne, da die Verhältnismäßigkeit im Geheiß bereits vorgelegen sei. —

Abg. Weisshaupt (Str.) erklärt, daß er mit verschiedenen Beschlüssen, die die Landwirtschaftskammer in letzter Zeit eingereicht habe, nicht einverstanden sei. Die Zeit von 1 Jahr für die Wählbarkeit sei etwas kurz. Die Mitarbeit der Arbeitnehmer sei erwünscht. Eine Vermehrung der Sitze in der Kammer solle nicht erfolgen. Dem Verlangen auf Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof kann man zustimmen. — Da der Landtag am Abend zu einem Besuch des Landesheimaters eingeladen ist, „Münna von Barnhelm“ wird gegeben, wird um 1/2 Uhr abgebrochen und die nächste Sitzung auf Freitag vormittag 10 Uhr festgesetzt.

Die Provokationen des Abg. Bod

Der in der gestrigen Sitzung des Landtags wieder zum ersten Male erschienene kommunistische Abg. Bod benutzte die Gelegenheit, um, wie die Leser aus unserem Landtagsbericht erfahren, einen ersten Standal zu verüben. Nachdem sein „Kollege“ Ritter zum Schweigen gebracht war, ergreift Bod das Wort, um in heftigen Ausfahrungen sich gegen unieren Genossen Abg. Marum zu ergehen. Vorwand zu diesen Angriffen waren dem Herrn Bod die Ausführungen des Abg. Marum in der 3. Sitzung des Landtags am 18. Dezember 1914, anlässlich der Beratung über die Beschlüsse des Abg. Bod wegen Rechtschuß und Ausstellung eines Auslandsreisepasses. Bod warf dem Abg. Marum vor, dieser habe gesagt, er würde sich freuen, es sei tragbar, wenn Bod nicht mehr zurück läme und als weiterer Vorwand zu den Anrempelungen diene dem Bod eine Rede Marums anlässlich der neuen Diäteneuerung, die am 21. Januar ds. Js. in der 9. Sitzung besprochen wurde. Um zu zeigen, wie haltlos die Angriffe des Bod waren, und wie die wirkliche Ursache des Standal nicht jene Äußerungen des Abg. Marum waren, sondern eben die Erfüllung eines Rostauer Auftrags, unter allen Umständen Schweinereien zu verüben, geben wir im folgenden aus dem kensgraphischen Landtagsbericht der beiden Sitzungen die bezüglichen Teile der Reden des Abg. Marum wieder. In der Sitzung vom 18. Dezember erklärte Abg. Marum

zu dem Eruchen des Abg. Bod auf Ausstellung eines Auslandsreisepasses:

Abg. Marum (Sozdem.): Die Tiraden, welche der Brief enthält, den der Kollege Bod an den Landtag gerichtet hat, könnten nicht veranlassen, irgendwie zu der Sache Stellung zu nehmen; ebensowenig werde ich in der Stellungnahme zu dieser Angelegenheit durch das Auftreten der kommunistischen Partei beeinflusst. Dagegen könnte man in seiner Stellungnahme durch das Verhalten der Abg. Frau Unger beeinflusst werden; die Flucht der Frau Unger, ausgeführt auf Grund der Immunität, die damals der Landtag für sie geltend gemacht und erreicht hatte, macht es einem sehr schwer, nun bei einem anderen Abgeordneten hier in der Beratung der Angelegenheit das gleiche Entgegenkommen zu zeigen.

Ich bin aber der Auffassung, daß in dem uns hier vorliegenden Falle lediglich die persönlichen Verhältnisse des Herrn Abg. Bod in Betracht kommen: Nach dem ärztlichen Zeugnis, das uns vorgelegt ist und nach Mitteilungen, die mir sonst geworden sind, ist aber der Herr Abg. Bod offenbar schwer krank; er ist leidend und hat einen Anspruch darauf, nicht durch das Strafverfahren an seiner Gesundheit geschädigt zu werden; man sollte ihm also die Möglichkeit bieten, alle Mittel anzuwenden, die nach Auffassung des Arztes zur Wiederherstellung seiner Gesundheit notwendig sind. Mit Rücksicht darauf glaube ich zu der Auffassung kommen zu müssen, daß man in Anwendung des Artikels 37 der Reichsverfassung nicht nur in „Haft“, sondern auch „jede sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit“ aufheben sollte. Ich persönlich möchte aber nicht die Verantwortung auf mich nehmen, die darin läge, daß man etwa die Gesundheit des Herrn Abg. Bod beeinträchtigt, indem man ihm ein Mittel vorenthält, das nach dem ärztlichen Zeugnis notwendig ist, um seine Gesundheit wieder herzustellen.

Wenn wir diese Beschränkungen der persönlichen Freiheit aufheben, dann ist andererseits möglich. Der Herr Abg. Bod reist also nach Italien; dann aber kommt er entweder zurück oder er bleibt dort (Heimat). Ich nehme an, er kommt zurück; er hat es ja ehrenvollig erklärt. Ich nehme es an, trotzdem — wie das der Fall des Herrn Abg. Ritter jetzt — das Ehrenwort eines Kommunisten nicht unbedingt sicher ist (Zurufe bei den Sozialdemokraten — Gegenrufe von kommunistischer Seite). Ich hoffe also, daß der Herr Abg. Bod wird von der Reise zurückkehren; gut, dann kann und wird das Verfahren seinen Fortgang nehmen! Aber aber er wird es machen wie Frau Abg. Unger: er wird nicht zurückkommen; dann wäre das politisch auch zu ertragen. Ich glaube, daß die Gefahren, die darin liegen, daß wir die Beschränkungen der persönlichen Freiheit des Herrn Abg. Bod aufheben, nicht derart sind, daß wir die Verantwortung übernehmen sollten, die sich daraus ergibt, daß wir Gefahr laufen, es werde die Gesundheit des Herrn Abg. Bod beeinträchtigt werden.

Deshalb möchte ich vorschlagen, daß man die Angelegenheit nochmals an den Ausschuß zurückverweist. Mir heute nachmittag kann dann der Ausschuß sich entscheiden (Unterbrechung durch einen Zuruf des Abg. Ritter), und es wird sich zeigen, ob nicht etwa auch die Kommunisten auf den Gedanken kommen, einen solchen erweiterten Antrag zu stellen — ob man die Beschränkungen der persönlichen Freiheit neben der Haft aufheben solle. Die Konsequenz würde die sein, daß der Beschluß des Staatsgerichtshofes, dem Abg. Bod die Ausreiseerlaubnis zu verweigern, außer Kraft gesetzt wird.

Und in der 9. Sitzung am 21. Januar erklärte Abg. Marum in Entgegnung auf eine kommunistische Anrempelung:

Abg. Marum (Sozdem.): Wir haben in dem § 4 des jetzigen Diätengesetzes und in gleicher Weise in dem bisherigen Diätengesetz die Bestimmung, daß Abgeordnete, die infolge ihrer Teilnahme an den Landtagsarbeiten einen Ausfall an Lohn erleiden, für jeden Tag, an dem sie einer Sitzung des Landtags oder eines Ausschusses anwesenden, einen Zuschlag erhalten bis zur Höhe des für die nicht in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten vorgesehenen Tagesgelbes, also diejenigen Abgeordneten, die einen Ausfall an Lohn erleiden, sollen nach Befragung des Herrn Präsidenten einen Zuschlag erhalten. Damit soll ermöglicht werden, daß die Abgeordneten, die im Arbeitsberuf stehen, keinen Lohnverlust erleiden. Nun haben wir heute im Ausschuß gehört, daß der Herr Abg. Bod, der bisher Geschäftsführer der Briefmarkenzentrale gewesen ist, also nicht in einem Arbeitsberuf, sondern in einem Angestelltenverhältnis war, 30 Prozent Zuschlag verlangt und bekommen hat, daß die Frau Abg. Unger 30 Prozent bekommen hat, weil sie durch Seimarbeit erheblich mehr hätte verdienen können — auch nicht in einem Lohnverhältnis —, daß aber vor allen Dingen der Herr Abg. Ritter, auf auf ihn habe ich ab, sich 20 Prozent Zuschlag hat ausbezahlen lassen, trotzdem er seit vielen Monaten nicht mehr im Arbeitsverhältnis steht, sondern entweder Redakteur oder Parteisekretär der kommunistischen Partei ist (Stört Wort bei den Sozialdemokr.) Das bezeichne ich als unrechtfähig.

Gewerkschaftliches

Streik bei der Hamburger Hochbahn

Hamburg, 1. April. Gemäß dem gestrigen Beschluß ist das Personal der Hamburger Hochbahn-L.G. heute früh in den Streik getreten, der sich auf ganz Groß-Hamburg erstreckt. Der Verkehr auf der Hochbahn, Straßenbahn usw. ruht vollkommen. Ausgeführt werden nur die Rossknechtarbeiten, die auch bei früheren Ausfällen zugelassen waren.

Briefkasten der Redaktion

E. K. 2. Badische Sicherheitspolizei Karlsruhe. Die Mannschaften sind in der ehemaligen Grenadierkaserne untergebracht.

Zur Wahl. Wir danken für den Beitrag zum Wahlfond, den Sie trotz ihrer Krankheit geleistet haben. Möge Ihr gutes Beispiel vor allem bei den Gefunden Nachahmung finden.

E. M. Am 13. 7. 23 195 600. Am 14. 7. 23 war keine Ausbrotterung. Neben den Zeitpunkt der Aufwertung der Sparausgaben besteht noch nichts Bestimmtes. — Die 3 Mark für den Wahlfond quittieren wir dankend.

Woburn Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh



Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Milverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel!

Auch auf Teilzahlung!

Pianos
Sprechapparate
G. Kunz
Kronenstr. 10, kein Laden

Sund ausgelassen. Abzuholen gegen Einrückungsgeld. Waldhornstraße 58 III.

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe, Kaisersstrasse 50a

Stets grosse Auswahl
Damen- u. Kinderkonfektion

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe, Kaisersstrasse 50a

Drogerie Wilh. Tscherning
bekannt durch Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karlstrasse
Telefon 519.

Kinder- und Damen-
sowie
Herren-Konfektion, Berufskleider
ferner
Manufakturwaren jeder Art
finden Sie in grösster Auswahl zu niedersten Preisen bei
Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt.

Die gute Arminia
3 Pfg. Zigarette
Haus Kallnich, Rastatt i. B.

ExcelsiorKünstlersplele
Kaisersstrasse 26 / Telefon 977
Direktion: A. UNSER
*
Täglich 8.30 Uhr abends:
„Das Großstadt-Programm“

Gebrüder Kugel
Rheinstrasse 65
Gegr. 1867
Herren-Artikel, Kurz-, Weiss-, Woll-
waren, Wäsche-Fabrikation.

MUSIK
APPARATE
prellewert
Besuchen Sie unser reich-
haltiges Lager.
Telefon 229

MUSIK
PLATTEN
erstklassig
Verlangen Sie unverbind-
liche Vorführung.
Kaisersstr. 176

HAUS

Wellpappenwerk G.m.b.H.
Bruchsal
Wellpappen in Rollen u. Bogen / Kartonnagen

Kaufen Sie Futtermittel
für alle Tierarten nur bei
Albert Schneider A.-G., Karlsruhe-Mühlberg
Telefon 242



Wenn Sie Büromöbel kaufen

dann beachten Sie auch die
altbewährten

Stolzenberg-Fabrikate

Sie lernen dann Qualitätsmöbel kennen und
beurteilen und kaufen nichts was Sie
später reuen wird.

Weitere Spezialitäten
Stolzenberg-Kartelen,
Stolzenberg-Blitz-Ordner,
Stolzenberg-Blitz-Ordner
Steuermappe.

FABRIK
STOLZENBERG
Büroerichtungen A.-G., Oes i.B.

Kusturlager in:
KARLSRUHE, Waldhornstr.
FREIBURG i. B.,
Friedrichstrasse
MANNHEIM, E 4, 2.

Herren-Hüte-Mützen
ADOLF LINDENLAUB
Kaisersstrasse 191
Karlsruhe

Hausfrauen sparen viel Geld
wenn solche den lang bewährten
„Bruchsaler Malzkaffee“
verwenden.
Schrag & Heinsheimer, Bruchsal.

Papiere aller Art, sämtl. Büro-Bedarfsartikel
Farbbänder, Kohlepapiere etc. liefert:
Krös & Botzenhard / Papier-Bürobedarf
Telephon 209 Westendstrasse 29, Hans Buchstrasse 22
Neubau Rückgebäude
Verlangen Sie Angebote!

Weingrosshandlung Franz Fischer & Co.
KARLSRUHE
Telephon 163
Kreuzstrasse 29
Erste und billigste Bezugsquelle für
deutsche und ausländische Weine
Generaldot der Feist Sektkellerei A.-G. Frankfurt a. M.

Trinkt Franz-Bier
Telefon 4
RASTATT
Telefon 4

Moritz Veith Nachf.
Telefon 205
Gegr. 1865
KARLSRUHE
Kronenstr. 24
Möbel, Matrazenstoffe- und Teppiche-Großhandlung

P. M. Gräfinger
RASTATT
Manufakturwaren aller Art / Herren- u. Damenkleider-
stoffe / Ausstattungs-Artikel / Damen-, Kinder- u. Herren-
Konfektion / Teppiche, Läufer, Linoleum / Damen-
und Herrenwäsche
Grosse Auswahl
Billige Preise!

Foto-Handlung H. HUGEL
Schützenstrasse 12 / Telefon 2663



Der Weisse
weiss
wo er kauft

Trinkt
Milch!

Milchverbrauch u. Volksgesundheit stehen in engem
Zusammenhang. — Tagesration nicht unter 1/2 Liter pro Kopf.

Karlsruher Milchversorgung G.m.b.H.

Frühjahrs-Angebot!

Herren-Hüte modern von Mk. 5.50 an
 Mützen . . . von Mk. 1.50 an
 Klapphüte mitKarton von Mk. 13.50 an

Krawatten / Schirme / Stöcke / Herrenartikel

Theodor Zenker Kaiserstr. Nr. 61
 gegenüber der Hochschule. 2132

Rahma

MARGARINE

buttergleich



Der Küche 'Schatz'!
 Der Hausfrau Glück!
 Das große Butter-Meistersück!

1/2 Pfd. nur 50 Pfg.
 Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis.

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Strichfertige Del- und Lackfarben

Dele und Lacke, Buntfarben, Pinsel usw.
 erhalten Sie vorteilhaft jedes Quantum im
 Farben- u. Lack-Spezialgeschäft von

Ludwig Beideck Telefon 1850.
 Wilhelmstraße 4 a bei der Baummeisterstraße
 Stein Laden, daher billigste Berechnung. Fachmännische Beratung.

51 Kronenstraße 51

Kofferhaus Lämmle

Ueberseekoffer
 Conpeckoffer
 Reisetaschen
 Gamaschen
 Rucksäcke

Damentaschen
 Besuchstaschen
 Aktenmappen
 Berufstaschen
 Schulranzen

2198

Sie Ihre Geschenke billig zu verkaufen:

**Getragene und neue Anzüge
 Gummimäntel, Schuhwaren.**

Arnold Schap, Badbornstr. 21, 2 Tr.
 An- u. Verkaufsgeschäft.

Blaue 2131

Anzüge,

Berufsfleider aller Art,
 Hosen, Joppen, Westen,
 Windjacken,
 Gummimäntel,
 sowie Schuhwaren
 fräglich. Qualität kaufen Sie
 preiswert nur bei

Levy
 Markgrafenstraße 22.

Meine 2297

Rabatt-Tage

für
Kaus- und Küchengeräte
 währen nur noch bis Samstag.

Rich. Flohr, Kaiserstraße 59
 Herde billigst auf Teilzahlung
 (Darmstädter Fabrikat)

Pferdefleisch-Verkauf.

Empfehle für Freitag sowie Samstag und die
 ganze kommende Woche (Osterwoche)

prima junges fettes Pferdefleisch
 zu den bekannt billigen Preisen. Ebenfalls bringe
 ich meine frischen und gekühlerten Fleisch- und
 Fleischwaren in empfehlende Erinnerung. 2295

Verkaufsstellen:
 Durlacherstr. 59 und Angartenstr. 49.
 Hochachtung

Theo Gramlich.

Kathol. Kirchensteuer betr.

Diejenigen Kirchensteuerpflichtigen, die mit ihren
 Zahlungen an Kirchensteuer für das Steuerjahr 1924
 (1. April 1924 bis 31. März 1925) noch im Rückstand
 sind, werden in jeder Hinsicht ersucht, ihre Schuldver-
 halten innerhalb 8 Tagen zu begleichen, da nach
 Ablauf dieser Frist die Mahnung erfolgen dürfte.
 Karlsruhe, den 1. April 1925. 2217

Kathol. Kirchensteuerkasse. — Ständehausstr. 1.

Geschäfts-Empfehlung!

Bringe hiermit mein reichhaltiges Lager in
**Rauch-, Kau-, u. Schnupftabak
 sowie Zigarren und Zigaretten**
 in empfehlende Erinnerung. 351

Hochachtungsvoll!
Friedrich Theurer, Durlach, Luitpoldstr. 9.

Für Konfirmation und Ostern!

Sämtl. Lebensmittel, Backwaren,
 Gemüse- und Obst-Konserven,
 Dauerwurst, Käse.

Besonders billig:
 Prima Schweineschmalz Pfd. Mk. 1.00
 Prima Zwetschgen . . . „ 0.30
 1923er St. Martin . . . Fl. „ 1.20
 Dürkheimer Feuerberg „ 1.30
 Deutscher Weinbrand 1/1 „ 4.80
 „ „ 1/2 „ 2.75

H. Reimann & Co.
 Filialen: 3124
 Karl-Wilhelmstraße 66; Englsch;
 Angartenstr. 37; Schwedes; Lerchen-
 str. 2; Weigold; Daxlanden; Bertsche

Günstigste Einkaufsquelle
 für **Offenbacher Lederwaren**

Schulranzen

in jeder Preislage. 2291

Damen-Taschen

jede Ausführung.

Akten- und Musikmappen Reiseartikel.

R. Neureuther, Hebelstrasse 15
 (nahe Kaffee Bauer)

Schneider-Gesuch

Großstädter u. Tag-
 schneider (Zackl) 1/2
 sofort gesucht. 2287

Mees & Löwe
 Kaiserstraße 46.

Vereins-Preise

Pokale, Becher u.
 Figuren empfiehlt

Christ. Fränkle
 Goldschmied
 Karlsruhe, Kaiserpassage

Badisches Landestheater

Donnerstag, 2. April
 Zu haben Preise:
Zar und Zimmermann
 Komische Oper in 3 Akten.
 Text u. Musik v. Lortzing.
 Regie Leitung Hofmann.
 Spielleitung Stang.

Besetzung: 745
 Peter der Erste, Für von
 Russland u. v. Romen
 Peter Michaelow als
 Zimmergelle, Deister
 Jovanow ein jung. Russe,
 Zimmergelle Peters
 von Bett, Bürgermeist. v.
 Saardam (Glas)
 Marie seine Nichte, Alts
 General Refort, russischer
 Gelehrter, Weher
 Lord Shindham, engl. Ge-
 sandt, Dr. Wucherpsinnig
 Marquis v. Chakanneuf,
 Franz, General, Rentier
 Witwe Prohm, Zimmer-
 meilerin Rosi, Zunftsch
 Ein Offizier Kolmbach
 Ein Kutscher Silian
 Anf. 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr

Briefe:
 Speyerstr. 1, Abt. Nr. 350

„Nissin“

Kopfläuse
 Nichts anderes
 nehmen! 274

Adler-Apothek
 Kronen-Apothek
 Stadt-Apothek

Keine teure Handtuchpackung, sondern
 feinstes Weizenmehl zu billigstem Preis

1a südd. 00 Auszugmehl

100 kg 48.50 Mk.
 50 kg 24.50 Mk.
 10 kg 5.00 Mk.

Weizenmehl Spezial 0

100 kg 44.00 Mk.
 50 kg 22.50 Mk.
 10 kg 4.00 Mk.

wird frei ins Haus geliefert

W. F. Pfeiffer
 Angartenstr. 75 Telefon 5444/5445
 Mehl, Getreide, Futtermittel
 Groß- und Kleinverkauf

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren
 Einkäufen in erster Linie
 sich auf die Inserate
 unseres Blattes zu berufen
 und zu berücksichtigen die
 Inserenten dieser Zeitung.

Maurer

finden Beschäftigung an 2201
Baustelle Scheibhardt (Badenwerk).

Arbeits-Gelegenheit für junge Mädchen.

Wir stellen ab 14. April schulentlassene
 Mädchen im Alter von 14-16 Jahren als
 Arbeiterinnen ein.
 Die Betroffenen können sich vormittags
 von 10-12 Uhr und nachmittags von
 3-5 Uhr beim Pförtner melden. 2302

Karlsruher Parfümerie- und
 Toilettefabrik F. Wolff & Sohn
 G. m. b. H.

Lichtiger selbständiger Stuhlmacher

für gute Schemel
 zum baldigen Ein-
 tritt gesucht. 210

Markstahler & Barth
 Möbelfabrik
 Karlsruhe
 Karlsruferstr. 67.

Rastatter Anzeigen.

Für den Verkauf des auf die Freibaut ver-
 wiesenen Fleisches geeigneter Metzger gesucht.
 Bewerber wollen sich umgehend melden. 745

Rastatt, den 31. März 1925.
 Der Oberbürgermeister,
 R e n n e r.

Wilhelm Stoll Gemischtes Warengeschäft Hagsfeld

Zur Frühjahrsbestellung
 empfehle 816
 sämtl. Sorten Feld- u. Gartensamen
 sowie

Feld- und Gartengeräte:

Spaten, Hacken, Rechen, Schaufeln usw.
 Ferner sind eingetroffen:
**Kochherde, Kesselöfen,
 Drahtgeflechte.**

